






Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



-  **S. 3: NPD-Verbotsverfahren: Alle Nazi-Spitzel ans Licht!**
-  **S. 7: Irak: US-Kriegsplanungen**
-  **S. 12: Hamburg: Erste Kinder-Abschiebungs-Haftanstalt**
-  **S. 15: Hannoveraner Erklärung zur Aus- und Weiterbildung**
-  **S. 18: Was ist Kunst?**



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHNTEILIG

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und **Ost** Achim Wahl, GNN-Verlag, Postfach 21012, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,30 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 23,40 (Förderabo 36,40 €), ein Jahresabonnement kostet 46,80 (Förderabo 72,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 41,60 €, Sozialabo: 33,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 5 (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (23,40 / 46,80 je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (36,40 / 72,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (16,90 / 33,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (20,80 / 41,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

IN BERLIN

AKTUELL

KURDENVERFOLGUNG. 3 Jahre und 3 Monate Haftstrafe für kurdischen Politiker: Am gestrigen 12. Hauptverhandlungstag (10. Juli) wurde der kurdische Politiker Halit Yildirim vom 6. Strafsenat des Oberlandesgerichts (OLG) Düsseldorf aufgrund „der erdrückenden Beweislage“ wegen Mitgliedschaft in einer „kriminellen“ Vereinigung (§ 129 StGB) zu einer Haftstrafe von 3 Jahren und 3 Monaten verurteilt. Der Politiker war bereits im November 1998 vom OLG Frankfurt/M. zu einer Haftstrafe in gleicher Höhe wegen Mitgliedschaft in der damals noch „terroristischen“ Vereinigung (§ 129 a StGB) verurteilt und Ende 1999 auf Bewährung entlassen worden. Besonders schwer hat nach Auffassung des Strafsenats in dem jetzigen Verfahren gewogen, dass Halit Yildirim nur wenige Monate nach seiner Entlassung bereits wieder für die PKK tätig und somit „einschlägig rückfällig geworden“ sei. Zu Gunsten des Angeklagten wertete das Gericht, dass dieser sich während seiner Tätigkeit für eine „Abkehr von Gewalt und für die Friedenslinie“ der PKK eingesetzt und „keine eigensüchtigen Ziele“ verfolgt habe. Zudem müsse anerkannt werden, dass für ihn als Ausländer die Situation in einem deutschen Gefängnis schwerer wiege. Auch das Schicksal des Politikers, der bereits in der Türkei wegen seiner politischen Arbeit mehrere Jahre im Gefängnis zubringen musste und dort schwer gefoltert wurde, sei bei der Strafzumessung mit berücksichtigt worden. Im Verlaufe des Prozesses hatten sich zwei kurdische Politiker geweigert, als Zeugen gegen Halit Yildirim auszusagen. Deshalb wurde gegen sie Beugehaft verhängt. Zwei weitere Zeugen hingegen waren zu Aussagen über die Identität des Angeklagten bereit. Daraufhin hat der Angeklagte am 25. Juni 2002 in einer Erklärung bestätigt, als Verantwortlicher der PKK-Region Mitte (Bonn, Köln, Düsseldorf, Duisburg u.a.) in der Zeit von Februar 2000 bis März 2001 tätig gewesen zu sein. Dadurch habe er – so das Gericht – dazu beigetragen, die Verfahrensdauer erheblich zu verkürzen. Der Prozess war am 14. Mai eröffnet worden. Halit Yildirim bedauerte, dass in Deutschland immer noch das Betätigungsverbot gegen die kurdische Freiheitsbewegung existiert und die kurdische Sache weiterhin vor Gericht gebracht und verurteilt wird. Wegen der seit Jahren sichtbar gewordenen Bemühungen um Veränderung der PKK erwarte „sein Volk, dass die deutsche Regierung versucht, das Verbot aufzuheben“. Es sei „keine Lösung, diese Ungerechtigkeit aufrechtzuerhalten“. (isku/azadi)

GELÖBNIX: Berliner Polizei missachtet Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Im Zusammenhang mit den Protesten gegen das Gelöbnis der Bundeswehr am 20. Juli 2002 hat die Polizei angekündigt, Transparente mit der Aufschrift „Soldaten sind Mörder“ bereits dann aus der

Demonstration zu entfernen, wenn zufällig am Wegesrand stehende Soldaten der Bundeswehr von diesen Notiz nehmen würden. Nach Auffassung des Bündnisses Gelöbnix 6 hat diese Ankündigung keine Rechtsgrundlage. Ein solches polizeiliches Einschreiten wäre eine massive Verletzung des Grundrechts auf Meinungsfreiheit.

STADTENTWICKLUNG STATT EIGENHEIMFÖRDERUNG. Der Mieterbund fordert eine Verringerung der staatlichen Eigenheimförderung um mindestens ein Drittel oder fünf Milliarden Euro zu Gunsten der Stadtentwicklung. Der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ vom 15. Juli sagte Mieterbundchef Franz-Georg Rips, das Stadumbauprogramm Ost werde mittel- und langfristig nicht ausreichen, um die innerstädtischen Strukturen attraktiver zu machen. Dort müssten zudem bis zu 400 000 Wohnungen vom Markt genommen werden. Aber auch eine zunehmende Zahl westdeutscher Städte sei von Entvölkerung bedroht. Ihnen müsse ebenfalls geholfen werden. Rips forderte außerdem, nach der Bundestagswahl wieder ein eigenständiges Bau- und Wohnungsministerium zu schaffen. Das derzeitige Infrastrukturministerium für Verkehr und Bau habe sich als „sehr verkehrslastig“ erwiesen. Der Bereich Bauen und Wohnen sei „eher stiefmütterlich behandelt worden“. So habe es auf das dringlichste aktuelle Problem, nämlich die regional völlig unterschiedliche Lage auf den Wohnungsmärkten, noch keine befriedigende Antwort gegeben. Während hohe Wohnungsnot in einigen Ballungsgebieten herrsche, gebe es im Osten, aber auch in Bremen und Teilen Niedersachsens – etwa in Wilhelmshaven – deutlich zu viele Wohnungen. Nötig sei deshalb eine regional nach Bedarf differenzierte Förderung des Eigenheim- und Mietwohnungsbaus.

GLEICHE RECHTE FÜR ALLE KINDER! Auf der Tagesordnung für die Sitzung des Bundesrates am Freitag, dem 12. Juli 2002, stand ein Antrag des von der PDS mitgetragenen Landes Mecklenburg-Vorpommern, mit dem der Bundesrat die Bundesregierung zur Rücknahme der Vorbehalte zur UN-Kinderrechtskonvention auffordert. Die Bundesregierung Kohl hatte zur UN-Kinderrechtskonvention einen Vorbehalt erklärt, wonach die Bestimmungen der Konvention nur im Rahmen des geltenden Ausländer- und Asylverfahrensrechts auszulegen sind. Die PDS verlangt, Flüchtlingskinder müssen in Deutschland endlich wie Kinder behandelt werden. Sie müssen einen besonderen Schutz genießen. Besonders wichtig: Als Kind ist jeder Mensch bis zum Erreichen des 18. Lebensjahres zu behandeln (Art. 1 der Konvention). Das Abstimmungsergebnis des Bundesrats lag uns bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Alle Nazi-Spitzel ans Licht! – Alle Unterlagen auf den Tisch!

Jeder siebte Funktionär der NPD auf Landes- und Bundesebene ist ein Nazi-spitzel, zu diesem Schluss kommt *Der Spiegel*¹. Eine interne Aufstellung habe ergeben, dass 30 der insgesamt 210 Mitglieder der Landes- und Bundesverbände für den Nachrichtendienst arbeiten. *Die Welt am Sonntag*² spricht sogar von „eingeschleusten Spitzeln“.

Vermutet hat man das die ganze Zeit, trotzdem ist der Vorgang ungeheuerlich, weil sich sofort die Frage anschließt: War die NPD von Spitzeln gesteuert? Und was bedeutet dies für das Verbotsverfahren in Karlsruhe?

Schily und Beckstein haben sich anscheinend darauf verständigt, den Verfassungsrichtern die Namen der Nazi-Spitzel zu nennen, ohne dass sie öffentlich genannt werden. Ob sich das Gericht auf dieses Verfahren einlässt, ist allerdings zweifelhaft. Experten sowohl aus dem kritischen als auch dem konservativen Lager warnen die Bundesregierung. Heribert Prantl schreibt in der *Süddeutschen Zeitung*:

„Wenn Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung die Partei in Karlsruhe verbieten lassen wollen, dann müssen sie ihre Beweise vorlegen – vollständig und vollzählig. Dann müssen Geheimhaltungsinteressen zurücktreten. Dann müssen die V-Leute benannt, dann müssen alle Karten aufgedeckt werden.“³

Rupert Scholz, ehemaliger Verfassungsrichter, erklärte am vergangenen Wochenende:

„Ein Verbotsverfahren ist eine wesentliche Tatsachenentscheidung des Verfassungsgerichts. Tatsachen heißt Beweiswürdigung. Und Beweiswürdigung heißt, dass die Beweise auf den Tisch müssen. Deshalb darf man dem Gericht keine Beweise vorenthalten. Wenn man aus anderen Argumenten heraus, etwas aus nachvollziehbarer Sorge, V-Leute zu verbrennen, die Möglichkeit nicht sieht, dem Bundesverfassungsgericht alle Beweise vorzulegen, muss man die Einleitung des Verfahrens überprüfen.“⁴

Einigen Konservativen und den Liberalen geht es jetzt darum, das Verfahren niederschlagen. Sie wollen ihre Verbindungen ins rechtsextreme Lager nicht kappen und wollen die Bundesregierung vorführen. So fordert die FDP die „Rücknahme der Verbotsanträge“.⁴ Wen wundert das, bei den antisemitischen Kräften in dieser Partei.

Faktisch sind die bisherigen Bundes- und Landesregierungen so vorgegangen: Seit Jahren haben sie die NPD über Spitzel maßgeblich mit gesteuert. Nachdem dieses Verfahren gescheitert war, wurden die Spitzel nicht abgezogen, sondern wirkten weiter in der NPD, weil sie Spitzel und Nazis gleichzeitig waren.

Dies könnte den Antragstellern in Karlsruhe noch zum Verhängnis werden, weil die Unterwanderung der NPD formal nie beendet worden ist und unklar bleibt, was ist nun Verfassungsschutz und was ist pure NPD.

Dazu kommt, dass der Verbotsantrag



seitens des Verfassungsgerichtes als Mittel zum Zweck ausgelegt werden könnte. Eine Aufmischung der NPD über Spitzel war nicht möglich, jetzt versucht die Regierung es mal mit einem Verbot.

Sollte das NPD-Verbotsverfahren scheitern, wäre dies eine große Bestätigung für alle rechtsextremen Kreise. Deshalb sollten alle Unterlagen auf den Tisch. Spitzel muss man nicht schützen und Spitzel, die eh dem rechtsextremen Kreis zugeordnet werden müssen, sowieso nicht. Die Bundes- und Landesämter sollten froh sein, wenn sie sie los werden.

Jörg Detjen

1 Der Spiegel, 15. Juli

2 Welt am Sonntag, 14. Juli

3 Süddeutsche Zeitung, 10. Juli

4 Die Welt, 11. Juli

V-Leute bei der NPD – Geführte Führende oder Führende Geführte?

Eine Studie für die AG Innen- und Rechtspolitik der PDS-Bundestagsfraktion von Martin Dietzsch und Alfred Schobert, Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, Juli 2002. Wir dokumentieren die Zusammenfassung sowie einen Teil der Einleitung.

Abstract

Eine Analyse der Aktivitäten der V-Leute Holtmann und Frenz ergibt, dass diese nicht als agents provocateurs innerhalb der NPD wirkten. Vollkommen unsinnig wäre es, sogar von einer Steuerung der NPD durch Geheimdienste zu sprechen. Vielmehr verkörperten die beiden exponierten NPD-Funktionäre den Typus des omnimodo facturus, d.h. Personen, die man zu nichts anstiften kann, weil sie ohnehin zu allem bereit sind. Ih-

re Aktivitäten deckten sich nahtlos mit dem sonstigen Kurs der Partei, und sie genossen gerade wegen ihrer antisemitischen und rassistischen Hetze über Jahrzehnte das Vertrauen der Partei. Aus diesem Grund kann die V-Mann-Affäre nicht als Argument gegen das lange überfällige Verbot der NPD dienen.

Freilich wirft die Affäre ein düsteres Licht auf die Aktivitäten der Verfassungsschutzämter, insbesondere auf deren V-Mann-Praxis. Diese führte letztendlich dazu, die NPD zu stärken, statt sie zu schwächen, und sie erbrachte geheimdienstliche Informationen, die zuvor von der NPD-Führung gefiltert waren und deren Wert auch deshalb mehr als zweifelhaft gewesen sein dürfte.

Es stellt sich die Frage, ob es nicht an der Zeit ist, das V-Mann-Unwesen endlich vollständig zu beenden. Die Affäre ist ein Beleg dafür, dass sich die Geheimdienste der Bundesrepublik Deutschland einer wirksamen demokratischen Kontrolle erfolgreich entziehen.

Studie Einleitung (...)

Über den V-Leute-Skandal ist die grundsätzliche Frage des Einsatzes von V-Leuten in ihrer Brisanz deutlich geworden, jedoch kam diese grundsätzliche Frage nicht in der gebotenen Dringlichkeit auf die Agenda des mediopolitischen Diskurses. Dem Bedauern über Pannen, die einfach nicht mehr zu leugnen waren, folgte fast durchweg und stereotyp die Beteuerung, dass V-Leute unabdingbar seien und ihr Einsatz nicht in Frage gestellt werden dürfe. Die Frage, ob es V-Leute überhaupt bedürfe, wurde nur in seltenen Fällen gestellt und drang nicht durch. Fragen, was V-Leute dürfen und dürfen sollen, blieben beinahe ungehört, womit sich eine argumentativ fundierte Antwort erübrigte. Gestützt auf ein stillschweigendes Einverständnis über Staatsraison und notwendige Geheimhaltung, das einer Demokratie unwürdig ist, wurde die konkrete Problematik de-

thematisiert. Das in den Medien bekannt gewordene Kompetenz-Wirrwarr (um nicht von Inkompetenz-Wirrwarr zu sprechen) konnte man je nach Befindlichkeit amüsiert oder schockiert zur Kenntnis nehmen. Doch darüber verlor sich die notwendige Untersuchung, was die enttarnten V-Leute tatsächlich getrieben hatten; schaute man näher hin, konnte man sich schon fragen, wer da wen führte oder auch an der Nase hermführte.

Erst recht sah sich niemand genötigt, mal die durchweg stillschweigend unterstellten positiven Leistungen des Einsatzes geheimdienstlicher Mittel, darunter die Rekrutierung von V-Leuten und deren Erträge, auch nur beispielhaft zu benennen. Die hier stereotyp erfolgende funktionale Legitimierung, Quellen schützen zu müssen, verkommt nicht nur zum Schutz womöglich überaus suspikter Figuren, sondern kippt schnell in die vordemokratische Legitimierung eines staatlichen Arkan-Bereiches; politisch-theologisch argumentierende Extremisten der Ordnung vom Schlage Carl Schmitts mögen solch eine Zone der Geheimhaltung und Geheimniskrämerei, in der die Bürgerinnen und Bürger nichts zu suchen hätten, zwar schätzen, doch zu einer modernen Demokratie passt solch ein um der Staatsraison willen intransparenter Bereich nicht.

Wo in der Diskussion um V-Leute Zweifel blieben, begnügte man sich mit dem Hinweis, dass doch nach dem 11. September noch deutlicher geworden sei, wie nötig V-Leute seien. Die – wohlgehemmt beispielhafte – Offenlegung immer nur unterstellter positiver Leistungen wäre insofern interessant, als in den vergangenen Jahren wiederholt an verschiedenen Beispielen deutlich geworden ist, dass gemessen an den jährlich publizierten Verfassungsschutz-Berichten von Bund und Ländern die unabhängige spezialisierte Forschung und Publizistik zum Thema den Ämtern bei der Früherkennung neuer Entwicklungen und Trends in der extremen Rechten um Jahre voraus war, und zwar bei erstens um Klassen geringerer finanzieller Ausstattung und zweitens selbstverständlich ohne Einsatz geheimdienstlicher Mittel wie beispielsweise V-Leuten. Doch vielleicht sind Selbstverständnis und Legitimation der Verfassungsschutzämter schon so weit zirkulär abgedichtet, dass sie die bisweilen konstaterbare Dürftigkeit ihrer publizierten Erkenntnisse wiederum mit dem Argument rechtfertigen, es gelte Quellen zu schützen.

Im Folgenden werden exemplarisch die Aktivitäten zweier V-Leute in der NPD rekonstruiert, soweit uns dies aus den uns vorliegenden, d.h. allgemein öffentlich zugänglichen, Quellen möglich war. Eine Untersuchung der Tätigkeit aller im Zuge des Verfahrensskandals enttarnten V-Leute ist aus Zeitgründen nicht zu leisten, denn die Liste der im Schriftsatz der Prozessbevollmächtigten der



Antragsteller vom 8. Februar 2002 aufgeführten V-Leute ist lang:

- Wolfgang Frenz, von 1961 bis 1995 für das Landesamt für Verfassungsschutz NRW tätig
- Udo Holtmann, von 1978 bis 2002 für das Bundesamt für Verfassungsschutz tätig
- Tino Brandt, von 1994 bis 2001 für das Landesamt für Verfassungsschutz Thüringen tätig; treibende Kraft im neonazistischen „Thüringer Heimatschutz“; seit 1999 in der NPD; seit April 2000 stellvertretender Landesvorsitzender der NPD
- Mathias Meier, von 1998 bis 2000 für das Bundesamt für Verfassungsschutz tätig
- Michael Grube, von 1997 bis 1999 („ohne förmlich verpflichtet zu werden“) für das Landesamt für Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern tätig
- Mike Layer, von 1996 bis 1997 für das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg tätig

Im Schriftsatz der Prozessbevollmächtigten der Antragsteller vom 8. Februar 2002 werden des weiteren unter Hinweis auf Presseberichte namentlich Carsten Szczepanski und Thomas Dienel genannt; sie seien aber, da sie in den Antragsschriften nicht erwähnt werden, „für dieses Verfahren bedeutungslos“. Diese Ausklammerung macht deutlich, dass diese Liste von V-Leuten mitnichten alle V-Leute in der NPD umfasst; es steht zu vermuten, dass weitere, die nicht mit ihren Parteiaktivitäten in den drei Antragsschriften namentlich genannt sind, nach wie vor in der NPD aktiv sind.

Zur Analyse ausgewählt wurden Wolfgang Frenz und Udo Holtmann. Beide waren mehrere Jahrzehnte für ein Amt für Verfassungsschutz tätig und bekleideten in dieser Zeit hohe Parteiämter. Ihre Tätigkeit wird im folgenden, jeweils ausgehend von den im Februar 2002 nachgereichten offiziellen Darstellungen durch die Prozessbevollmächtigten der Antragsteller, dargestellt. Wir rekurrieren dabei durchweg auf öffentlich zugängliches Material, auf Selbstzeugnisse (vor allem im Falle des eifrigen Selbstdarstellers Frenz) und sonstige publizierte Quellen. Die offiziellen Darstellungen werden sich dabei als punktuell falsch und fast durchweg lückenhaft er-



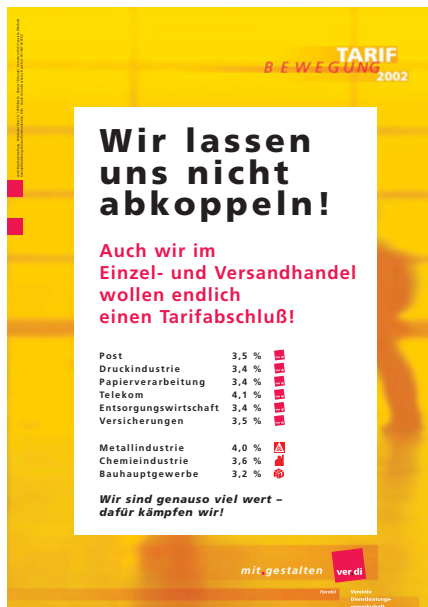
weisen. Unsere biographischen Überblicke zu Frenz und Holtmann werden vertieft durch Darstellungen und Analysen ihrer publizistischen Tätigkeiten in den von ihnen maßgeblich (mit)bestimmten Organen der NPD, nämlich den Zeit-

schriften „Deutsche Zukunft“, „Deutsche Stimme“ und der als Beilage zur „Deutschen Stimme“ erschienenen Publikation „Wir in NRW“. Um zu zeigen, was die Ämter ihren V-Leuten so alles durchgehen ließen, werden wir ausführlich aus ihrem publizistischen Schaffen zitieren. Dabei mussten wir aus Platzgründen eine Auswahl treffen. Unsere Untersuchung beschränkt sich auf zwei brisante Themen,

nämlich zum einen Antisemitismus und Holocaust-Leugnung, zum anderen rassistische Propaganda.

Um einem Missverständnis vorzubeugen: Unsere Untersuchung der Aktivitäten ausgewählter V-Leute kann nicht in der Richtung gewertet werden, die NPD als Ganze oder die ein Verbot rechtfertigenden Aktivitäten der NPD wären Resultate staatlicher Interventionen mittels V-Leuten. Die enttarnten V-Leute waren vor ihrer Verpflichtung überzeugte Rechtsextremisten, und sie entfalteten ihre Aktivitäten in und für die Partei in Einklang mit deren Programm und der Ausrichtung des Führungspersonals, auch wurden sie auf den Parteitag von Delegierten, die ihre Aktivitäten in der Partei zur Kenntnis nehmen konnten, in ihre Parteiämter gewählt bzw. in ihren Ämtern bestätigt. Die NPD war keine Marionette, die an den vom Geheimdienst gezogenen Strippen zappelte, und die Verbotsgründe sind keineswegs alleiniges Produkt geheimdienstlicher Operationen. Das Gegenteil zu behaupten (egal mit welcher Stoßrichtung) setzt ein enormes Maß verschwörungsmythischer Fantasie voraus – verschwörungsmythische Fantasie, die gewiss als Form sozialer Paranoia die Aufmerksamkeit politischer Psychologie beanspruchen muss, je nach individueller Zuspitzung vielleicht auch klinischer Behandlung bedarf, nicht hingegen einer ernsthaften Betrachtung als Einwand gegen das NPD-Verbot im Rahmen der politischen und juristischen Diskussion würdig ist.

Allerdings entbindet diese Feststellung die Demokratie nicht von der ernsthaften Prüfung, ob und wie weit die finanziellen Zuwendungen an die V-Leute und ihre weitere Unterstützung im Rahmen der Betreuung antidemokratische und menschenverachtende Entwicklungen gestützt haben, statt diese zu durchkreuzen und zu unterbinden.



Tarifkampf im Einzelhandel

Schlechte Wirtschaftslage kein Argument für Niedriglöhne!

Das Plakat, mit dem die Gewerkschaft verdi in der Tarifaufeinanderstimmung im Einzelhandel mobilisiert, bringt die Lage ganz gut zum Ausdruck. Die Unternehmen dieser Branche, die sich in einer wirtschaftlich schwierigen Lage befindet (wenigstens im Durchschnitt und alle klagen darüber), wollen die Situation nutzen, um einen deutlich niedrigeren Abschluss als in anderen Bereichen durchzusetzen. Die Beschäftigten, die schon in den vergangenen Jahren Einbußen hinnehmen mussten, sind das Leid und wollen einen vergleichbaren Abschluss. Wir veröffentlichten einige Streikberichte der Gewerkschaft verdi, die die Breite der Bewegung dokumentieren. Erste Erfolge konnten auch schon gegenüber dem Karstadt-Konzern erzielt werden.

verdi fordert Arbeitgeber auf, endlich die Blockade zu beenden – „Im Einzelhandel Beschäftigte sind nicht Arbeitnehmer 2. Klasse“

Mit „einer Streikwelle, die auch den Sommerschlussverkauf gezielt treffen wird“, droht die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (verdi) dem Einzelhandel, weil auch in der 4. Verhandlungsrunde am 9. Juli in Bayern, Hamburg und Rheinland-Pfalz die Arbeitgeber des Einzelhandels wiederum einen Tarifabschluss blockierten. Sie hätten ein „Angebot“ über 24 Monate vorgelegt, das die Beschäftigten mit einer Entgelt-erhöhung von jeweils unter 2 Prozent abspesen soll. „Die Einzelhandelsbeschäftigten müssen jetzt schon Höchstleistung bei Minieinkommen bringen. verdi wird es nicht zulassen, dass die Einzelhan-

delsbeschäftigten zu Arbeitnehmern 2. Klasse gemacht werden“, kommentierte Franziska Wiethold, Mitglied des ver.di-Bundesvorstandes und Verhandlungsführerin, die aktuelle Lage. Die Arbeitgeber könnten doch „nicht wirklich glauben, den Beschäftigten im Einzelhandel nach wochenlangen Streiks den niedrigsten Tarifabschluss aller Branchen aufzuzwingen“. (10.7.)

Karstadt-Vorstand nimmt Streichung freiwilliger Sozialleistungen zurück

Auf massiven Druck der Beschäftigten und der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) hat der Vorstand der Karstadt Warenhaus AG gegenüber seinen Betriebsräten die Streichung freiwilliger Sozialleistungen zurückgenommen.

In Verhandlungen zwischen dem neu gewählten Gesamtbetriebsrat und dem Vorstand sollen nun zunächst einvernehmliche Regelungen gefunden werden. Die Betriebsräte der Karstadt Warenhaus AG machten allerdings deutlich, dass es erneut zu bundesweiten Protestaktionen kommen würde, wenn der Vorstand wieder versuche, die Sozialleistungen grundsätzlich in Frage zu stellen.

Der Karstadt-Vorstand sei außerdem aufgefordert, seinen Einfluss auf den Arbeitgeberverband geltend zu machen, verhandlungsfähige Angebote in den laufenden Tarifverhandlungen des Einzelhandels vorzulegen. (28.6.)

500 Streikende in Pforzheim mit gemeinsamer Kundgebung

Stuttgart, 8.7.2002 – Die Streiks im Einzelhandel werden unvermindert fortgesetzt. Heute kommt es zu Schwerpunktstreiks in Pforzheim. Rund 500 Beschäftigte der Firmen Klingel, Mona, Kaufland, Lidl und Schlecker sind heute ganztägig in den Ausstand getreten.

Seit 10.00 Uhr findet eine gemeinsame Kundgebung der Streikenden aus den Streikbetrieben in der Pforzheimer Innenstadt (Sedansplatz) statt.

Seit dem 16. Mai haben sich in Baden-Württemberg ca. 4900 Beschäftigte in 54 Betrieben an den verdi-Streiks beteiligt.

Mannheim: „Ein schäbiges Tarifangebot“

„Das Angebot der Arbeitgeber ist eine Provokation im Tarifkonflikt.“ Karin Volkmer, Sekretärin für Finanzdienstleistungen der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi, ist verärgert. Mehrere Tarifverhandlungen im Banken- und Einzelhandelsgewerbe sind gescheitert, nun gehen die Beschäftigten auf die Straße. Rund 1000 Arbeitnehmer, darunter Angestellte von vier Großbanken sowie des Real-Marktes in Sandhofen, von Wal Mart auf der Vogelstang sowie von 94 Schlecker-Märkten aus der gesamten Region, legten nach Schätzung von Verdi-Geschäftsführer Anton Kobel gestern die Arbeit nieder. In der Fußgängerzone und auf dem Paradeplatz demonstrierten mehrere hundert Menschen. 6.7.2002

Hamburg, 3. Juli: Streik bei Karstadt

In den meisten Hamburger Karstadt-Filialen lief am 3. Juli den ganzen Tag über nicht viel. Rund 1700 Beschäftigte folgten dem Streikaufruf der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft und legten die Arbeit nieder. Um 12 Uhr versammelten sich rund 1000 Streikende auf dem Alsteranleger zu einer zentralen Streikkundgebung.

„Gerade vor dem Hintergrund der Abschlüsse in den anderen Branchen erwarten die Beschäftigten im Einzelhandel gutes Geld für gute Arbeit“, sagte Ulrich Meinecke, ver.di-Verhandlungsführer, auf der Kundgebung. „Wir wollen nicht mehr als das Übliche, aber das steht den Kolleginnen und Kollegen im Einzelhandel wenigstens zu.“

Stimmen von Beschäftigten Karstadt Wandsbek. Monika Nowak, Süßwarenverkäuferin: „Die Arbeitgeber zeigen mit ihrem Angebot, dass sie die Mitarbeiter nicht schätzen. Ich hoffe, dass das auch meine Kolleginnen und Kollegen so sehen und sich an möglichen weiteren Aktionen beteiligen. Wir müssen weiter Druck machen.“

Angela Heinemann, Fachverkäuferin Haushaltswaren: „Ich war bisher bei jedem Streik dabei. Ich finde es unverschämte, uns mit 1,7 Prozent abspesen zu wollen. Das ist besonders für Teilzeitkräfte unzumutbar.“

Fred Max, Kundenbetreuer: „Die so genannten hanseatischen Kaufleute tragen ihre Nase oft besonders hoch. Das merkt man gerade jetzt bei den Tarifverhandlungen. Ihre Fürsorgepflicht gegenüber den Beschäftigten scheinen sie vergessen zu haben. Bei der Teuerungsrate ist ihr Angebot eine Frechheit.“

Uwe Holzfuß, Handwerker: Für mich ist die Beteiligung am Streik selbstverständlich. Nur so können wir etwas ändern.“

Jürgen Gehring, Betriebsrat: Die Stimmung unter den Kolleginnen und Kollegen ist besser, als wir geglaubt haben. Die Rücknahme der Kürzungen der Sozialleistungen bei Karstadt hat die Streikbereitschaft aber nicht geschmälert. Die Arbeitgeber haben keinen Respekt vor der Leistung der Beschäftigten im Einzelhandel. Es ist nicht nachvollziehbar, dass sie erheblich weniger bekommen sollen als alle anderen. Auch der Telekom geht es nicht gut. Trotzdem gibt es einen akzeptablen Abschluss. Die Beschäftigten im Einzelhandel beweisen Tag für Tag durch ihre Leistung, dass sie mehr Geld verdienen.“

Birgit Kiesler, Verkäuferin: Das Angebot der Arbeitgeber ist eine Frechheit. Ich fühle mich richtig ver... Das sage ich so deutlich. Insbesondere allein erziehende Mütter, die meist nur halbtags arbeiten, sind bei der Teuerungsrate auf jede Mark angewiesen. Ich glaube, dass die Kürzung der Sozialleistungen nur zurück genommen wurde, um uns zu besänftigen. Deshalb müssen wir gerade jetzt den Druck erhöhen.“

Stabile Landwirtschaftsstrukturen im Osten bedroht

Angesichts der bevorstehenden EU-Osterweiterung fordern insbesondere Politiker in der BRD eine grundlegende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), ja machen die Osterweiterung sogar davon abhängig. Zunächst hatte die EU-Kommission die Linie verfolgt, dass die Direktzahlungen, die die Bauern in der EU erhalten, an die Bauern in den Beitrittsländern nicht gezahlt wird. Anfang dieses Jahres nun hat die Kommission vorgeschlagen, dass Agrar-Direktzahlungen schrittweise eingeführt werden soll, angefangen von 25% im Jahr 2004 bis zum vollen Satz 2013. Die Bundesregierung verlangte daraufhin kostensenkende Reformen, Schröder und Eichel rührten die Trommel, Deutschland sei eine Erhöhung seiner Nettobeiträge nicht zuzumuten. (Dabei ist die BRD einerseits zwar Nettozahler, andererseits durch hohe Exporte in die EU-Staaten auch einer der Hauptnutznießer der Gemeinsamen Agrarpolitik.)

Der für die Landwirtschaft zuständige EU-Kommissar Fischler hat inzwischen seine Vorschläge zur Reform vorgelegt. Im Zentrum steht die Einführung einer Kappungsgrenze bei Einkommensbeihilfen, d.h. dass die direkten Einkommenshilfen von der Produktion entkoppelt werden und pro Betrieb 300.000 Euro nicht übersteigen dürfen. Vorgesehen ist u.a. außerdem der Wegfall der Roggenintervention. Die PDS im Bundestag und im Europaparlament hat gegen die Vorschläge deutlich Stellung genommen: Sie treffen vor allem die Landwirtschaft in Ostdeutschland.

Zum Hintergrund

1992 hatte die EU aufgrund einer tiefgreifenden Krise der Gemeinsamen Agrarpolitik eine Reform beschlossen, die den grundsätzlichen Wechsel von einer alleinigen Preispolitik hin zu einer Politik von Direktzahlungen einleitete, verbunden mit einer Kombination von Preissenkungen, Flächenstilllegungen und Extensivierung der landwirtschaftlichen Produktion. Dieser Richtungswechsel wurde mit der Agenda 2000 fortgesetzt: Die Preisstützungen wurden weiter abgebaut (Senkung der Interventionspreise), verbunden mit der Erhöhung der flächen- und tierbezogenen Ausgleichszahlungen, die allerdings die Senkung der Interventionspreise nicht voll ausglich.

Die sozialen Probleme und die Mängel in der Strukturpolitik wurden damit nicht behoben. Im Durchschnitt liegt das Einkommen der Bauern um 20-30% unter dem Einkommen vergleichbarer Be-

rufsgruppen im verarbeitenden Gewerbe; dabei liegt die Arbeitszeit in der Landwirtschaft durchschnittlich um 5,1 Stunden höher als in der Industrie. Die landwirtschaftlichen Betriebsinhaber sind überaltert, der Nachwuchs fehlt (54,8% sind älter als 55, nur 7,6% jünger als 36 Jahre).

Das wirft zahlreiche grundlegende Probleme auf, die durch die EU-Erweiterung noch gravierender werden. Die Forderungen und die Politik der PDS richten sich u.a. darauf,

- dass die europäische Agrarpolitik eine weitgehende Eigenversorgung bei vielseitigem Austausch auf dem Weltmarkt anstreben, der Außenschutz in notwendigem Umfang aufrechterhalten werden soll;
- dass der Erhalt der Multifunktionalität der Landwirtschaft beinhaltet, dass viele Leistungen nicht über die Markterlöse abgegolten werden können und Direktzahlungen (Ausgleichszahlungen) auf längere Sicht erforderlich sind;
- dass, um den Anteil des bäuerlichen Einkommens zu erhöhen, die Förderung aller Formen der Kooperation von der Gemeinschaftsarbeit bis zur genossenschaftlichen Entwicklung zu fördern sind;
- dass Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion zum Kern einer gezielten Regionalisierung von Stoff- und Wirtschaftskreisläufen werden kann;
- dass an diesen Zielen und an der Qualität der Produkte, an Beschäftigung und Umweltschutz die Agrarförderung ausgerichtet sein muss;
- dass die Beitrittsländer gleichberechtigt einbezogen werden und die Osterweiterung der EU mit Übergangsfristen und Übergangsregelungen für die Landwirtschaft verbunden werden muss, um übermäßige soziale Härten und Verwerfungen zu vermeiden. Das bedeutet eine Erhöhung der finanziellen Mittel für die GAP.

Kritik an den aktuellen Reformabsichten

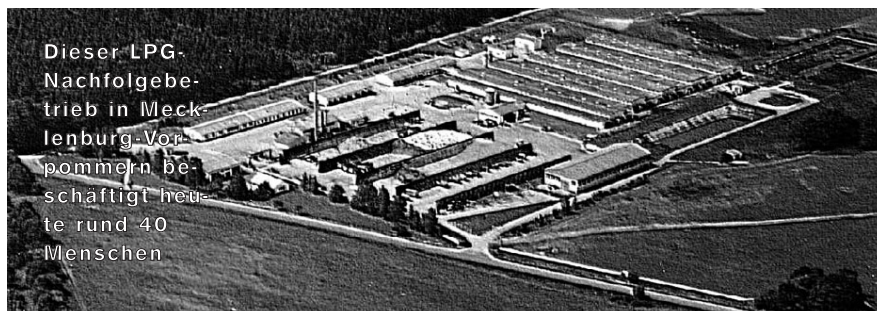
Die PDS kritisiert, dass bei Einführung einer Kappungsgrenze der Direktbeihilfen von 300.000 Euro pro Betrieb und beim Wegfall der Roggenintervention die einzig funktionierende Wirtschaftsstruktur im Osten Deutschland gefährdet ist und viele Arbeitsplätze verloren gehen. Der Unterschied zwischen der Landwirtschaft in Ost und West wird schon anhand der durchschnittlichen Betriebsgrößen deutlich: In den östlichen

Bundesländern liegt sie bei 203 ha, im Westen bei 29 ha. 50% der landwirtschaftlichen Fläche in Ostdeutschland werden von Agrarbetrieben mit über 1000 ha bewirtschaftet. Das sind 1.600 Betriebe mit einer durchschnittlichen Größe von 1.750 ha, Nachfolgeorganisationen der LPGs mit unterschiedlichen Eigentumsformen von der GmbH bis zur Genossenschaft. Bei Einführung der Kappungsgrenze würden Betriebe mit 1.600 ha etwa 50% der bisherigen Zahlungen verlieren, bei 8000 ha bekämen sie nur noch 20%. Da die landwirtschaftlichen Betriebe im Osten durch Pachten, Altschulden, Vermögensauseinandersetzungen und hohe Kredite extrem stark belastet sind, könnten viele diese „Reform“ nicht verkraften. Viele stünden vor dem Aus, ca. 40.000 Arbeitsplätze wären gefährdet, schätzungsweise allein 8.300 in Sachsen. Dadurch – und auch durch die mit der Kappung provozierte Betriebsteilung – wird eine moderne und potenziell leistungsfähige Agrarstruktur zerschlagen, werden strukturschwache Regionen weiter zurückgeworfen.

Verschärft wird für viele Betriebe der geplante Wegfall der Roggenintervention (für andere Getreidearten soll der Interventionspreis um 5% abgesenkt werden). Roggeninterventionsbestände sind in der EU ausschließlich von der Landwirtschaft in der BRD verursacht. Bei den leichten Böden in Nordostdeutschland, d.h. in den besonders strukturschwachen Regionen Südmecklenburg und Nordbrandenburg, ist der Roggenanbau schon aus Gründen der Fruchtfolgegestaltung unverzichtbar. Die PDS wendet sich gegen die einfache Streichung der Roggenintervention und fordert Kompensation.

Insgesamt bezieht die PDS die Position, dass die mit der Agenda 2000 für sechs Jahre beschlossenen verbindlichen Rahmenbedingungen für diesen Zeitraum auch ihre Gültigkeit behalten sollen. Denn die Landwirte haben ihre Investitionen im Vertrauen auf diese Rahmenbedingungen getätigt und Kredite aufgenommen. Der Entwicklungsabschnitt ab dem Jahr 2007 müsse jetzt schon mit den Bauern zusammen langfristig vorbereitet werden. scc

Quellen: Presseerklärungen der agrarpolitischen Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Kersten Naumann, sowie der landwirtschaftspolitischen Sprecherin der PDS-Delegation in der Fraktion GUE/NGL, Christel Fiebiger. Außerdem Material, das das Büro von Kersten Naumann dankenswerter Weise zur Verfügung stellte.



Vorbereitungen auf einen langdauernden Krieg

In seiner berühmten Kriegsrede vor den Absolventen der Militärakademie in West Point, gehalten am 1. Juni 2002, ließ US-Präsident Bush keinen Zweifel: „Unser Krieg gegen den Terror steht erst am Anfang ...“ In der Vergangenheit hätten die Feinde „große Armeen und große industrielle Fähigkeiten (benötigt), um eine Gefahr für das amerikanische Volk und unsere Nation darzustellen“. Heute sei das anders: „Wenn chemische, biologische und nukleare Waffen, gepaart mit der Technologie für ballistische Flugkörper verbreitet werden, könnten sogar schwache Staaten und kleine Gruppen die katastrophale Macht erwerben, große Nationen anzugreifen.“ Dabei nahm er, auch wenn er ihn nicht namentlich nannte, den Irak ins Visier: „Unsere Feinde haben eben diese Absicht kundgetan und wurden dabei erwischt, wie sie versuchten, in den Besitz dieser Waffen zu gelangen.“ Neue Bedrohungen erforderten neue Methoden: „Wenn wir warten, bis Bedrohungen voll und ganz Gestalt annehmen, werden wir zu lange gewartet haben. (...) Wir müssen die Schlacht zum Feind bringen, seine Pläne durchkreuzen und den schlimmsten Bedrohungen begegnen, bevor sie auftreten. In der Welt, in der wir leben, ist der einzige Weg zur Sicherheit der Weg des Handelns.“¹

Erst in diesen Tagen wieder hat Bush das Ziel bekräftigt, Saddam Hussein zu stürzen: „Wir werden alle Mittel nutzen, die uns zur Verfügung stehen ...“ Dass der Irak die USA angreifen könnte, ist natürlich nicht wörtlich zu nehmen. Trotzdem ist die Tatsache, dass sich Saddam Hussein trotz der militärischen Niederlage im Golfkrieg, trotz Sanktionen und Embargo, trotz der US-Luftherrschaft über einen Teil des Landes halten kann, für die USA eine ernste Herausforderung: Solange sich ein doch kleines Land widersetzen kann, ist ihre Vormachtrolle in der Welt nicht uneingeschränkt. Die Frage, ob sie den Irak schlagen und dem Land einen Regime- und Richtungswechsel aufzwingen können oder nicht, ist deshalb für die Vereinigten Staaten strategisch von großer

Bedeutung.

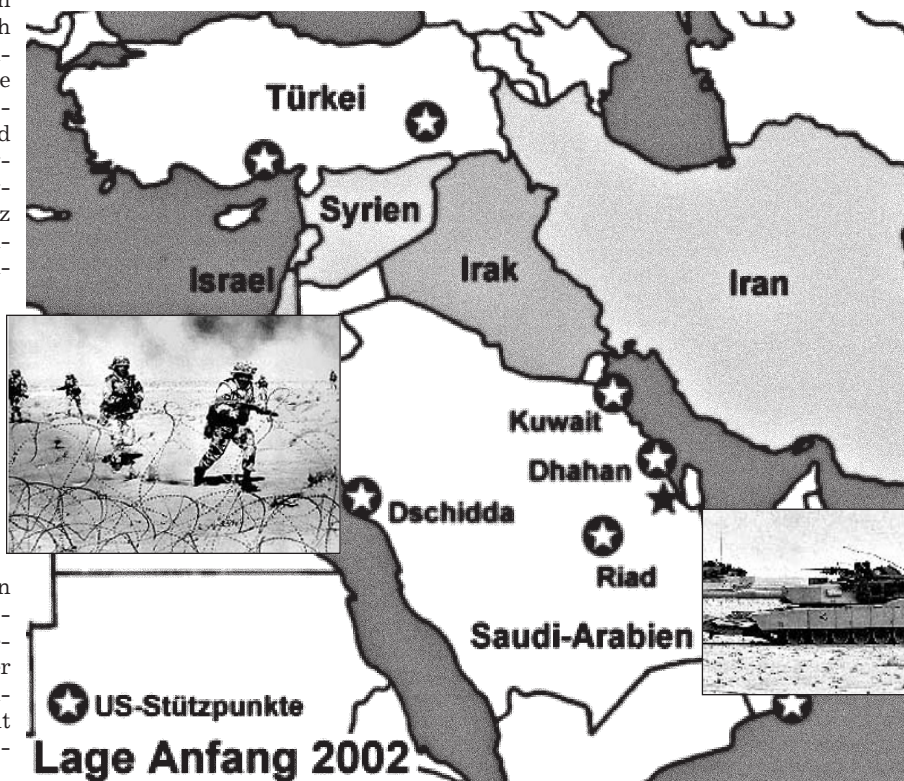
Vor diesem Hintergrund ist ein Bericht der *New York Times* vom 5. Juli zu sehen. Der Bericht gibt äußerst detaillierte Kriegsplanungen des US-Zentralkommandos in Tampa, Florida, preis, von wo der Krieg gegen den Irak aus geleitet werden soll, bleibt aber in einer Reihe von Fragen offen. Auch nennt er kein Datum des Angriffs. Nimmt man jedoch das Szenario ernst, das in diesem Bericht gezeichnet wird, dann ist der Angriff keine Frage von Tagen oder Wochen, sondern eher von Monaten oder einem noch längeren Zeitraum.

Bemerkenswert ist der Bericht, weil er durch seine detaillierten Angaben einen

des Irak freikämpfen. Unterstützt von schlagkräftigen Luft- und Seestreitkräften soll der US-Angriff mit bis zu 250.000 Mann von drei Seiten geführt werden, vom Norden (der Türkei), vom Süden und Westen (Kuwait, Qatar, Saudi-Arabien, Jordanien). US-Spezialeinheiten oder CIA-geführte Operationen würden im Hinterland des Irak Depots und Waffenlager angreifen. Der größte Teil der Bodentruppen soll Irak von Kuwait aus angreifen, wo Fuchs-Spürpanzer der deutschen Bundeswehr seit letztem Jahr bereitstehen. „Hunderte von US-Kampfflugzeugen sollen von ihren Stützpunkten in acht Ländern, einschließlich Türkei und Qatar, einen gewaltigen Luft-

krieg entfesseln und Tausende von Ziele, einschließlich Flugplätze, Straßen und Telekommunikationsknotenpunkte, zerstören“, zitiert die *New York Times* aus dem „Geheimpapier“. „Die Zieliste ist so umfangreich, es ist ungeheuerlich. Es wird sofort klar, dass wir diese Kerle schon lange genau beobachtet haben.“²

Ihre Fähigkeit, das Angriffsziel umfassend auszuspähen und mit aus der Ferne gelenkten Waffen punktgenau und ohne eigene Verluste anzugreifen, haben die USA im letzten Krieg gegen Irak unter Beweis gestellt. Aber ohne Besatzung, auch das hat sich erwiesen, kann ein Land wie der Irak nicht der Kontrolle unterworfen werden. Hier liegen die Probleme der USA. Der US-Generalstab geht nicht davon aus, dass massive Bombardements einen Aufstand der irakischen Opposition auslösen könnten.³ Er muss also eine große Anzahl Bodentruppen einsetzen und erhebliche eigene Verluste in Kauf nehmen, ohne darauf spekulieren zu können, dass nennenswerte Kräfte im Innern Iraks ähnlich wie in Afghanistan zur Verfügung stehen. Was ist, fragen die Generäle, wenn der Irak, in die Enge getrieben, biologische und chemi-



sche Waffen einsetzt? Wenn er Israel angreift und Israel, anders als in den 90er Jahren, mit Vergeltungsschlägen antwortet und der Krieg nuklear eskaliert?

Sodann sind die militärischen Strukturen der USA durch den anhaltenden Afghanistan-Einsatz und durch ein weltweites Stützpunktnetz stark angespannt. Eine vom Pentagon im Frühjahr veranstaltete Kriegssimulation mit dem Namen „Prominent Hammer“ hatte zum Ergebnis, dass für den Krieg gegen den Irak Tanker, Transportflugzeuge und Geräte zur Überwachung und elektronischen Störung fehlten.⁴ Auch wurden Zweifel geäußert, ob die Soldaten „aus der zweiten Kampfreihe“ ausreichend ausgebildet seien.

Völlig ungeklärt scheint, inwieweit die arabischen Bündnispartner aus dem letzten Irak-Krieg und dem Krieg gegen Afghanistan ihr Territorium als Aufmarsch- und Einsatzgebiet zur Verfügung stellen (können). Als die *New York Times* am 10. Juli die Meldung lancierte, dass Jordanien als Stützpunkt benutzt werden solle, erklärte der jordanische Informationsminister postwendend, eine Stationierung von US-Truppen für einen Angriff auf Irak käme nicht in Frage. Bisher hat sich, öffentlich jedenfalls, nicht einmal Kuwait bereit erklärt. Auch in der Türkei, die in den US-Aufmarschplänen eine feste Größe ist, überwiegt die Skepsis bei weitem: Die Zerschlagung des Irak würde die Kurdenfrage in der Türkei quantitativ und qualitativ extrem verschärfen. – Im Oktober 2001 hatte das Pentagon in einem Bericht an den US-Kongress über Zustand und Zukunft der US-Streitkräfte als einen der Schwerpunkte der strategischen Planung herausgestellt, dass die USA die Fähigkeit entwickeln müssten, aus der Distanz zu kämpfen bzw. den Zugang zur Einsatzregion zu erzwingen.⁵ Der Zugang zur „Einsatzregion“ Irak ist für die US-Kriegsplanung jedenfalls ein erhebliches und mit einiger Sicherheit noch nicht gelöstes Problem.

Die bundesdeutsche Regierung hat bisher noch stets geäußert, von konkreten Kriegsplanungen gegen den Irak sei ihr nichts bekannt. Die britische Regierung hat inzwischen 30.000 Soldaten zugesagt. Unabhängig von einem Kampfeinsatz der Bundeswehr – wie angemerkt stehen die Fuchs-Spürpanzer nach wie vor in der Region – ist Europa, ist gerade die BRD und ihre logistische Beihilfe für den Aufmarsch am Golf von zentraler Bedeutung. Das sollte bei den Aktionen gegen den drohenden Irak-Krieg, die die Friedensbewegung angekündigt hat (s. auch S. 11), unbedingt bedacht werden. scc

1 Die Rede ist in deutscher Übersetzung verfügbar bei: www.friedensratschlag.de

2 *New York Times*, 5.7., Quelle der Zitate und der Zusammenfassung:

www.friedensratschlag.de

3 *Financial Times Deutschland*, 27.5.

4 *Telepolis*, 24.5.

5 *Europäische Sicherheit*, Februar 2002

Türkei

Die politische Krise spitzt sich zu

Das politische System der Türkei gerät mehr und mehr ins Wanken. Wie lange sich die Regierung unter Ministerpräsident Ecevit noch im Amt halten kann, ist ungewiss. Die Auseinandersetzungen um die Wirtschaftspolitik der ökonomisch völlig handlungsunfähigen Türkei, die Reformierung des korrupten öffentlichen Sektors sowie die Einführung von Reformen für die EU-Beitrittsverhandlungen und damit die Behandlung der Kurdenfrage, die Abschaffung der Todesstrafe und die Aufnahme der Kopenhagener Menschenrechtskriterien in türkische Verfassung und Gesetze, die Stellung des Nationalen Sicherheitsrates und der Militärs im Lande haben zu einer Welle von Rücktritten aus der Regierung und Austritten aus der DSP geführt. Bisher traten sieben Minister zurück, darunter Außenminister Cem und der stellvertretende Ministerpräsident Özkan. Der parteilose Wirtschaftsminister Dervis, auf Drängen des Internationalen Währungsfonds im März 2001 in die Regierung aufgenommen, trat erst zurück, verblieb dann aber auf Drängen von Staatspräsident Sezer noch einmal im Amt. Stellte die DSP bisher mit 129 Abgeordneten die stärkste Fraktion der drei Regierungsparteien DSP, Anap (unter Yılmaz) und der faschistischen MHP, so ist sie nach den Austritten von 53 Abgeordneten auf Rang drei zurückgefallen. Ministerpräsident Ecevit klammert sich bisher an das Regierungssamt und ernannte neue Minister, die gegen EU-Reformen in der Türkei auftreten.

Die Forderung nach Neuwahlen wird immer heftiger. Eine Sondersitzung des Parlaments in der Sommerpause wird unausweichlich werden, und über Neuwahlen wird zu verschiedenen Terminen – u.a. dem 3. November – spekuliert.

Wirtschaftlich hängt die Türkei am Tropf des IWF. Seit Anfang 2001 hat sie 11 von insgesamt 16 Mrd. US\$ aus einem Hilfspaket des Internationalen Währungsfonds in Anspruch genommen. Weitere 1,1 Mrd. US\$ sollten in den nächsten Tagen überwiesen werden. Ob und wann das sein wird, steht in den Sternen. Auf Anraten einer in der Türkei anwesenden IWF-Kontrollkommission wurde erst einmal ein internationales Investitionsforum unter Regie des IWF abgesagt, an dem der Weltbankchef und die gesamte IWF-Spitze teilnehmen sollte. Die IWF-Kredite, die unter dem IWF-Mann Dervis an die Türkei flossen, haben auch nichts an der immer mehr sinkenden sozialen Lage der Bevölkerung oder dem Sterben der Kleinbetriebe ändern können. Auch wurden keine Investitionen in den vom Krieg zerrütteten kurdischen Provinzen getätigt. Sie wurden im Wesentlichen zur Bankensanierung und für den kurzfristigen Schuldendienst gegenüber dem Ausland

verwendet. Die türkische Lira hat in den letzten zwei Jahren mehr als 80 % ihres Wertes gegenüber dem Dollar und dem Euro eingebüßt.

Cem, Özkan und Dervis haben die Gründung einer neuen sozialdemokratischen Partei angekündigt. Sie hegen die Hoffnung, dass Neuwahlen auch eine Abstimmung über EU-Reformen sein könnte. Interesse an Neuwahlen haben auch die beiden islamistischen Parteien und die MHP. Alle anderen Parteien würden derzeit nicht über die bestehende Zehn-Prozent-Hürde bei den Wahlen kommen.

Die Unterstützung aus Kreisen der EU und der USA haben sich Cem und Özkan schon öffentlich zusichern lassen. Das würde dann auch eine weitere Unterstützung des IWF nach sich ziehen. Zudem berührt die politische Krise unmittelbar wesentliche Interessen der EU und der USA. Diese reichen von der geplanten Erweiterung der EU über die politischen und wirtschaftlichen Einflussmöglichkeiten im Mittleren Osten und Zentralasien bis hin zum geplanten Krieg gegen den Irak. Wie die Unterstützung der Nato-Bündnispartner ausfällt, wird wesentlich das Verhalten der türkischen Militärs bestimmen, die sich bisher zu der Krise nicht geäußert haben.

Die pro-kurdische Partei Hadep, die in den kurdischen Provinzen bei den letzten Wahlen zwischen 50 und 80 % der Stimmen erhielt und 39 Bürgermeister stellt, fordert ebenfalls Neuwahlen. Sie war bisher mit der CHP, SHP und der ÖDP über ein Linksbündnis in Verhandlungen. Diese wurden von der CHP ausgesetzt, nachdem Cem der CHP ein mögliches Wahlbündnis in Aussicht gestellt hatte. Seit Aufnahme der PKK auf die EU-Terrorliste sind Hadep, Gewerkschaften und Menschenrechtsvereinigungen wieder vermehrt zur Zielscheibe staatlicher und illegaler Angriffe geworden. Wegen anhaltender Menschenrechtsverletzungen und verstärkter Repression gegen Hadep und Gewerkschaften rügte die EU die Türkei in scharfer Form.

Die Hadep hofft, dass baldige EU-Reformen den Beitrittsprozess zur EU beschleunigen. Sefik Türk, einer der Hadep-Bürgermeister, sagte dieser Tage in einem Interview: „Der türkische Staat ist ohne Druck von außen nicht in der Lage, Gerechtigkeit für seine Bevölkerung zu schaffen. In unseren Augen ist die Türkei in ihrer Entwicklung 100 Jahre hinter Europa zurückgeblieben. Mit Hilfe des Drucks von außen wollen wir Normalisierung herstellen.“ „Für die Zukunft unseres Landes sind wir zur Zusammenarbeit mit allen Kräften außer den faschistischen Organisationen bereit. Die Hadep bietet sich dazu als Führungskraft der türkischen Linken an. Durch das Zusammenleben von Kurden und Türken wird zugleich der Staat erneuert werden.“

In den nächsten *Politischen Berichten* werden wir über den Fortgang der politischen Krise in der Türkei berichten und ein Interview mit Sefik Türk bringen. rub



Spanische Kriegsschiffe gegen Marokko

Mit der Entsendung von drei mit Boden-Luft-Raketen bestückten Fregatten und zwei Korvetten mit einer Besatzung von insgesamt 800 Mann verstärkt Spanien den Druck auf Marokko. Die Fregatten wurden in den Hafen der spanischen Exklave Ceuta beordert, die Korvetten führen, unterstützt von Hubschraubern, Manöver vor der Küste des nordafrikanischen Landes durch. Zuvor hatte Marokko 12 Soldaten auf das nahe Ceuta vor der marokkanischen Mittelmeerküste liegende unbewohnte Eiland Leila („Petersilieninsel“) entsandt, die dort die marokkanische Fahne hissten und zwei Zelte aufschlugen. Zwar gab Spanien zu, dass der Status von Leila völkerrechtlich ungeregelt sei. Trotzdem bestreitet die Regierung den marokkanischen Anspruch auf die Insel. Die EU warf Marokko eine „schwerwiegende Verletzung der territorialen Integrität Spaniens“ vor, Spanien sprach von einem „feindseligen Akt“ und forderte den sofortigen Rückzug Marokkos. Marokko dagegen macht geltend, dass Leila seit dem Ende des spanischen Protektorats 1956 befreit sei und als marokkanisches Territorium gilt. Der aktuelle Konflikt steht im Zusammenhang mit der seit einem halben Jahr sich zuspitzenden Krise zwischen den beiden Ländern. Spanien verlangt von Marokko, die Dreckarbeit bei der Abwehr von Flüchtlingen, die über das Mittelmeer nach Spanien gelangen wollen, zu übernehmen, und unterstrich sein ultimatives Verlangen auch schon einmal mit der Entsendung von Kriegsschiffen. Jetzt konterte Marokko: Man wolle auf der Insel einen dauerhaften Wachposten „zur Bekämpfung der illegalen Auswanderung und des Terrorismus“ errichten. Die spanische Regierung schließt die Anwendung von Gewalt ausdrücklich ein.

In Palästina droht eine humanitäre Katastrophe

Während der US-Kongress über die Kürzung der Hilfslieferung an die palästinensischen Autonomiegebiete und das Hilfswerk der UNO für Palästina berät, legt die US-Agentur für Internationale Entwicklung beunruhigende Zahlen vor: Demzufolge ist die chronische und akute Mangelernährung bei Kindern unter fünf Jahren weit verbreitet. 30% der untersuchten Kinder leiden unter chronischer Mangelernährung, 21% unter

akutem Hunger (im Vergleich: 2000 waren es 7,5 bzw. 2,5%). Von mittlerer bis leichter Blutarmut sind 45% der Kinder und 48% der Frauen im gebärfähigen Alter betroffen. Die Armut nimmt drastisch zu. 70% leben nach Angaben der Weltbank unter der Armutsgrenze von 2 \$/Tag (im April nannte die Weltbank noch die Zahl von 50%). Inzwischen sind über 30% der Palästinenser abhängig von den Lebensmittellieferungen des Welternährungsprogramms bzw. von NGOs. Aufgrund der systematischen Zerstörung von Häusern – allein im März/April 2002 wurden 881 Häuser zerstört, knapp 3000 beschädigt – sind die Wohnungen überbelegt. Der Zugang zum Trinkwasser ist erschwert, das Trinkwasser selbst verunreinigt. Krankheiten wie Durchfall nehmen zu. Doch die ärztliche Behandlung von Menschen, die auf dem Land leben, und solchen, die unter chronischen Krankheiten wie Nierenleiden, Diabetes, Krebs etc. leiden, ist stark beeinträchtigt, teilweise zusammengebrochen. Infolge der Abriegelungen und Ausgangssperren können die medizinischen Einrichtungen nur zu 30% ihrer Kapazitäten arbeiten. Krankentransporte brauchen sechs bis acht Stunden, wenn sie überhaupt ihr Ziel erreichen. Der Rote Halbmond berichtet, dass die israelische Armee 25 von insgesamt 121 Rettungsfahrzeugen zerstört hat.



Bisher nur die Hälfte der Afghanistan-Hilfsgelder zusammen

Die UNO-Organisationen für Afghanistan haben von den für dieses Jahr benötigten und beantragten 1,6 Mrd. \$ für Hilfe und Wiederaufbau erst die Hälfte erhalten. Von den noch fehlenden 777 Mio. werden 400 Mio. dringend für die nächsten drei Monate benötigt: für Lebensmittel und Unterkünfte für die zurückkehrenden Flüchtlinge sowie für die Löhne von Lehrern, Polizisten und Soldaten. Bis Juni kehrten 1,2 Millionen Flüchtlinge aus den Nachbarländern zurück sowie 400.000 weitere, die innerhalb Afghanistans vertrieben waren. Ihre La-

ge ist prekär. Die Kinder sind chronisch unterernährt. Außerdem sind viele Regionen von Landminen und nicht explodierter Munition verseucht.

Datenwut und Rasterfahndung ... in den USA

Anfang Juli trat in den USA ein neues Gesetz in Kraft, demzufolge die Betreiber von Telefonnetzen verpflichtet sind, auf Anfrage große Mengen von Datensätzen an das FBI und andere staatlichen Behörden zu liefern. Falls sie nicht so umrüsten, dass sie die angeforderten Daten liefern können, drohen ihnen Bußgelder bis zu 10.000 \$ pro Tag und Überwachungsauftrag. Konkret haben es FBI & Co. auf Verbindungsdaten abgesehen, die direkt über Standleitungen in die behördlichen Rechner fließen sollen. Aus diesen Datensätzen können Personen- und Gruppenprofile abgeleitet werden. Damit ist feststellbar, wer mit wem wann von wo aus telefoniert hat – die dabei gewonnenen Datensätze sollen mit jenen der Sozialversicherung oder der Einwanderbehörde abgeglichen werden. (Quelle: Telepolis)

... und in Europa

Die EU will das größte polizeiliche IT-System in Europa, das Computersystem der ehemaligen Schengen-Staaten, SIS, ausbauen. Ende 2001 speicherte SIS knapp 11 Mio. Falldaten. Es reicht von Island bis zum Mittelmeer, vom Atlantik bis zur polnischen Grenze. Jetzt soll das System um vier neue Funktionen erweitert werden: Es soll eine Datenbank für „gewalttätige Unruhestifter“ eingerichtet werden. Eine andere sogenannte „Demonstrantenbank“ soll alle ausgegebenen und verweigerten Visa führen. Eine „Terroristen-Datenbank“ wird eingerichtet und eine neue Kategorie für Leute geschaffen, „die daran gehindert werden, den Schengen-Raum zu verlassen“, z.B. Menschen, gegen die ermittelt wird, auf Bewährung entlassene Gefangene u.ä. Außerdem werden zusätzliche Identifikationsdaten verwendet: neben Fotografien und Fingerabdrücken sind DNA-Profile und biometrische Daten in Planung. Schließlich sollen die verschiedenen Daten miteinander verbunden werden können, so z.B. die Daten verschiedener Personen miteinander oder mit Objekten. Zugriff auf die Daten soll, damit hat sich die BRD durchgesetzt, auch Europol bekommen, das sogar Daten hinzufügen, ändern oder löschen können soll. Bisher ist die Verbindung der Europol-Datenbank mit den Datenbanken anderer Strafverfolgungsbehörden ausdrücklich verboten. Auch Inlandsgeheimdienste sollen zukünftig, so der Plan, das größte europäische Fahndungssystem nutzen können.

Zusammenstellung: scc

KÖLN. Mit einem großen, zweitägigen Straßenfest am 6. und 7. Juli und der traditionellen CSD-Parade am 7. Juli ist der Europride, der dieses Jahr in Köln stattfand, zu Ende gegangen. Es war ein Wochenende der Superlative und der erfolgreichen Abwehr einer geplanten Nazi-Provokation gegen den CSD. Die neofaschistische „Bürgerbewegung pro Köln“ um Manfred Rouhs hatte für Samstag eine „Mahnwache wider den Werteverfall“ angemeldet, um gegen den CSD und die „öffentliche Darstellung homosexueller Sexualpraktiken“ zu protestieren. Gegen diese Provokation machte nicht nur das antifaschistische Bündnis „Köln stellt sich quer“ mobil, sondern es bildete sich darüber hinaus auch ein schwules bisches Bündnis auf Initiative der Kölner Gruppe „queergestellt“. Nach dem peinlichen Debakel von Manfred Rouhs am 29. Juni und angesichts der massiven Mobilisierung gegen die geplante „Mahnwache“ zog „Pro Köln“ am Tag vorher die Anmeldung überraschend zurück. Obwohl dies am Freitag Nachmittag auf den Bühnen in der Kölner Innenstadt den Straßenfest-BesucherInnen mitgeteilt wurde, nahmen am Samstag dann doch 700 Menschen an der Gegendemonstration – die trotz der Absage durchgeführt wurde – teil. *Gajos, Lokalberichte Köln Nr. 14*



Bild: www.arbeiterfotografie.com

Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant/innen 17.8.–21.9.

BREMEN. Unter der Losung „Krieg verursacht Flüchtlinge! Nicht Flüchtlinge verursachen Krieg!“ demonstrieren Flüchtlinge und Unterstützergruppen quer durch Deutschland. In ihrem Aufruf heißt es: „Seit dem September des vergangenen Jahres, als der imperialistische „Krieg gegen den Terrorismus“ in Afrika, Asien und Lateinamerika begonnen wurde, beobachten wir mit Bestürzung, dass in unseren Heimatländern menschliches Leben immer mehr an Wert verliert. Terroristische Regime auf der ganzen Welt benutzen den von den USA angeführten Krieg, um ihre Kritiker zu bekämpfen. Mächtige Länder wie England und die BRD folgen den USA mit ihrem Militärapparat in unsere Länder, um bei der Verteilung der wenigen noch verfügbaren Ressourcen der Erde ja nicht zu kurz zu kommen. Dieser neue Krieg missachtet das Leben der am meisten unterdrückten Menschen auf der Welt, und er missachtet die Menschenrechte für die ärmsten Länder der Welt ... Deutschland benutzt den „Krieg gegen den Terrorismus“ um seinen eigenen Krieg gegen Flüchtlinge und Migrant/innen aus anderen Ländern zu führen. Drakonische „Sicherheitsgesetze“ wurden in Rekordzeit durch den Bundestag und Bundesrat gebracht und treten in diesem Jahr in Kraft. Dies ebnet den Weg, anerkannte politische Flüchtlinge mit der Begründung des „Terrorismusverdachts“ abschieben zu können, selbst wenn die deutschen Behörden selber zugestehen, dass ihnen dann Folter oder gar die Todesstrafe droht. Flüchtlinge werden künftig wegen eben jener politischen Verfolgung, die bis gestern noch ihren Flüchtlingsstatus begründet hat, nun als „Terroristen“ eingestuft werden.“ – Die Termine sind: 17.8. Bremen

(Auftaktdemonstration), 18.8. Bramsche, 19.8. Oldenburg, 20.8. Hannover/Langenhagen, 21.8. Bremen, 22.8. Rotenburg, 23./24.8. Hamburg, 25./26.8. Münster, 27.8. Iserlohn/Arnsberg, 28.8. Frankfurt, 29.8. Ingelheim, 30.8. Düsseldorf, 31.8. Köln, 1.9. Köln/ Stuttgart, 2.9. Stuttgart, 3.9. Tübingen, 4.9. Augsburg, 5.–7.9. München, 8./9.9. Nürnberg, 10.9. Weimar-Buchenwald/Jena, 11.9. Gera-Makersdorf/Zwickau, 12.9. Weissenfels/Volksstedt, 13.9. Halberstadt/Braunschweig, 14.9. Magdeburg, 15.9. Halle, 16.9. Neubrandenburg, 17.–20.9. Berlin, 21.9. Abschlussdemonstration in Berlin.

www.contrast.org/borders/kein/

Demonstration gegen rassistische Bürgerhetze in Bornstedt

POTSDAM. Beinahe die Hälfte der im Potsdamer Stadtteil Bornstedt lebenden abstimmberechtigten Einwohner unterschrieben seit März dieses Jahres die Erklärung einer „Bürgerinitiative Bornstedt“, in der gegen die Verlegung der Asylbewerber des Standorts Michendorfer Chaussee in ein bisher zur Unterbringung von russischen Spätaussiedlern genutztes Gebäude protestiert wird. Die geäußerten Befürchtungen reichen dabei von Image- und Werteverlusten Bornstedter Immobilien, Überfremdungsäng-

sten gerade in Bezug auf die Wohnsituation und Lehr- und Lernbedingungen in der Schule, der Zunahme von Drogen- und Eigentumsdelikten bis hin zu deutlich rassistischen Projektionen. Die Versuche des stellvertretenden Bürgermeisters Jann Jakobs, dem mittels standortökonomischer Logik beizukommen, scheiterten am sturen Beharren der Protagonisten. Vielmehr trat mit jedem entkräfteten Argument immer mehr für Rassismus typische, irrationale Ressentiments bis hin zur unmissverständlichen Androhung von physischer Gewalt gegenüber den Immigranten durch die normalen Bürger zutage. Hierbei wurde unter anderem auf Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen verwiesen. – Der Druck hat schon gewirkt: Inzwischen wurde die Zahl der Flüchtlinge von 150 auf 100 reduziert und der Umzugszeitpunkt verschoben.

Gegen diese Ausbreitung rassistischer Ideologie rief ein Bündnis von Antifa Aktion Potsdam, Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär Potsdam, progress.pdm [antifascistic youth], JungdemokratInnen/Junge Linke LV Brandenburg, Antira-Org Potsdam, AG Antirassismus Potsdam zu einer Demonstration am 13. Juli auf. Es kamen in den kleinen Stadtteil 250 Leute, was ein drucksvoll war. <http://aapo.antifa.net/>



Bürgermeisterin würdigt Verbundnetz-Botschafter

HALLE. Für seinen unermüdlichen Einsatz in der Friedensarbeit wird am 10. Juli der Hallenser Bernd Rieche geehrt. Während der feierlichen Veranstaltung im Rathaus bekommt der Initiator des Vereins Friedenskreis Halle e.V. von Bürgermeisterin Dagmar Szabados und Wolfgang Eschment, Vorstandsmitglied der VNG – Verbundnetz Gas Akiengesellschaft, die druckfrische Ausgabe einer Pu-

blikationsreihe zum Thema Verbundnetz-Botschafter 2002 überreicht.

Unter dem Titel „Sanft aber zäh: ein Streiter für mehr Frieden“ schildert Bernd Rieche darin seine unermüdliche Arbeit in Zeiten von Attentaten, Terrorismus-Kampf und Gewaltausbrüchen an Schulen. Schon seit der Wende setzt sich Rieche für friedvolle Lösungen in der Politik und im Alltag ein. Mit seinem Verein betreut er ein Versöhnungszentrum in Bosnien. Ende Juni diesen Jahres startete er ein Ausbildungstraining zur Konfliktbearbeitung an Schulen. Für diesen vorbildlichen ehrenamtlichen Einsatz hat Rieche jetzt den Botschaftertitel des Verbundnetzes der Wärme erhalten – als Erster in Sachsen-Anhalt überhaupt.

Das Netzwerk für Ehrenamtliche ist im letzten Jahr von der ostdeutschen VNG – Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft in Leipzig gegründet worden. Seitdem unterstützt es aktive Ostdeutsche im Ehrenamt. Schon mehr als 50 Mitglieder haben sich zusammengeschlossen, um das Verbundnetz der Wärme aufzubauen. Damit soll dem Ehrenamt zu mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung in der Gesellschaft verholfen werden. Das Verbundnetz der Wärme zeigt seit einem Jahr, wie das erfolgreich gelingt: Mit seinem Credo „Engagement zeigt Gesicht“ wollen die Initiatoren Andere motivieren, Mitmenschen Wärme zu schenken.

www.verbundnetz-der-waerme.de

Stadt Karlsruhe verhängt teilweises Innenstadtverbot für alle Punks

KARLSRUHE. Im Kampf gegen Randgruppen, um das große Ziel von Sauberkeit und Ordnungsstaatlichkeit zu verwirklichen, hat die ehemalige Polizeibehörde der Stadt Karlsruhe – Bürgerservice und Sicherheit – mit einer Allgemeinverfügung einer Gruppe junger Punks den Kampf angesagt. Mit Wirkung vom 6.07.02 ist es den Punks, und solchen die von der Polizei als Punks definiert werden, untersagt, den Kronenplatz, einen zentralen Platz in der Karlsruher Innenstadt zu betreten, sich ihm zu nähern bzw. sich dort aufzuhalten. Die „Maßnahme“ wurde damit begründet, dass Punks bürgerliche Konventionen und Umgangsformen sowie Moral- und Ethikbegriffe ablehnen, und dass sie die natürliche Pietät und das Schamempfinden verletzen. Wer dem nicht Folge leisten will, dem wird 1000 Euro Zwangsgeld oder Zwangshaft angedroht. (Das ganze Dokument ist zu lesen unter: www.uni-karlsruhe.de/~ubbv/punkverbot.pdf)

Am 8.07.02 kam die Polizei auch gleich mit größerem Aufgebot (Sixpacks) auf den Kronenplatz vorgefahren, und verhaftet drei Leute, die dort saßen, nur aufgrund ihrer Kleidung und Frisuren. Diese willkürliche Verhaftungen wurden mit der neuen „Punkerverfügung“ begründet. Am nächsten Tag gab es auch gleich für alle Leute, die angeblich der Punkerszene zuzurechnen sind, ohne An-



lass, Platzverbot für diesen Teil der Innenstadt. – Die direkt und indirekt Betroffenen wollen dagegen protestieren. Mit dem hier abgebildeten Flugblatt rufen sie vom 19.–21. Juli auf dem Kronenplatz in Karlsruhe zu einem bunten PunkPicknick auf.

Weiter Infos unter: www.kapunx.de

Erwerbsloseninitiativen lehnen Kernpunkte der Hartz-Vorschläge ab

HANNOVER. Auf seinem Treffen am 25. Juni 2002 in Hannover lehnte der bundesweite RundeTisch der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen die Kernpunkte der Hartz-Vorschläge Leistungskürzungen, Verschärfung der Zumutbarkeit und Ausweitung der Zeitarbeit grundsätzlich ab, insbesondere:

- Begrenzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes auf ein Jahr (bisher für Ältere bis zu 32 Monaten) und Pauschalzahlung während der ersten 6 Monate.
- Befristung der Arbeitslosenhilfe auf 12 Monate und Absenkung der Leistung auf Sozialhilfeniveau.
- Umkehr der Beweislast in der Frage der Zumutbarkeit eines Stellenangebots
- Zumutbarkeit einer „hohen Mobilität“ bei Jungen ohne Familie.
- Anstellung in Zeitarbeit, auch in Form unbezahlter „Arbeit auf Probe“ oder Trainingsmaßnahmen, bei Ablehnung
- Reduzierung des Arbeitslosengeldes.
- Abschieben Älterer ab 55 Jahren, die aus der Statistik herausgenommen und bei abgesenkten Bezügen auf die Rente warten sollen.
- Weitere Privatisierung der Arbeitsvermittlung und Stellenabbau bei den Arbeitsämtern.

Die Organisationen des Runden Tisch warnen vor einem „Aufgehen“ der Arbeitslosenhilfe in eine Sozialhilfeleistung. Dies wäre der schwerste und folgenreichste Einschnitt in das bundesdeutsche Wirtschafts- und Sozialsystem in den letzten Jahren. Arbeitslose und deren Familien würden in die Armut ge-

drängt. Niedriglohnjobs und ungeschützte Beschäftigung wären deren Perspektive. – Der Runde Tisch hat seinen Standpunkt zu sozialen Rechten und zur Schaffung von Arbeitsplätzen formuliert und fordert die Beteiligung an der Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“.

www.erwerblos.de

Ergebnisse der Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 6. Juli

KASSEL. Mit 81 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus 37 Städten und von 18 überregionalen/bundesweiten Organisationen war das Treffen am 6. Juli in Kassel sehr gut besucht. Nach eingehender Diskussion über die nächsten Aktivitäten der Friedensbewegung schälten sich folgende Aktionsschwerpunkte heraus:

1) Unstreitig war, dass der drohende Irakkrieg im Mittelpunkt der Aktivitäten der nächsten Monate stehen wird. Ein entsprechender Unterschriften-Aufruf (der sog. Wilhelmsburger Appell) sollte weiter verbreitet werden. Für den Appell sollen bis zum 14. September überall im Land Unterschriften gesammelt werden.

2) Unstreitig war, dass das Kriegsthema auch im Zentrum des spezifischen Beitrags der Friedensbewegung zum Bundestagswahlkampf stehen wird, und zwar ganz unabhängig davon, mit welcher Orientierung oder „Wahlempfehlung“ die einzelnen Friedensgruppen ihre Aktivitäten durchführen.

3) Gesprochen wurde auch über die nächsten „festen“ Termine. Der 6./9. August (Hiroshima-, Nagasaki-Gedenken) sollte in diesem Jahr noch stärker genutzt werden, nachdem die USA offenbar ihre Atomwaffendoktrin geändert hat und sich nun ausdrücklich vorbehält, Nuklearwaffen (z.B. sog. mini nukes) auch gegen Staaten einsetzen, die selbst über keine derartige Waffen verfügen.

Einen zentralen Stellenwert hat der 1. September, der erfahrungsgemäß in vielen Orten zusammen mit den Gewerkschaften durchgeführt wird.

4) Überlegungen wurden angestellt, den Jahrestag der Terroranschläge vom 11. September gemeinsam zu begehen. Dies sollte dezentral geschehen, und zwar am Mittwoch, 11. September um 18 Uhr im ganzen Land. Es wurde eingeschätzt, dass die Friedensbewegung durchaus in der Lage sei, den wahrscheinlich überall stattfindenden „offiziellen“ Trauerfeierlichkeiten eigene Mahn- und Antikriegskundgebungen entgegen zu stellen. Gemeinsames Motto könnte sein: „Solidarität statt Krieg – Für Frieden und globale Gerechtigkeit“.

5) Am 14. September findet in Köln eine Großveranstaltung von Attac in Zusammenarbeit mit ver.di- und IG-Metall-Jugend statt. (Motto: „Her mit dem schönen Leben!“) Die Friedensbewegung wird sich daran nach Kräften beteiligen.

6) Jahrestag des Kriegs in Afghanistan.

7) November Irakkongress in Berlin.

www.uni-kassel.de/fb10/frieden

Der Hamburger Senat will die geschlossene Unterbringung für straffällige Kinder und Jugendliche wieder einführen. Zunächst sollen ca. 90 geschlossene Plätze in Einrichtungen der Jugendhilfe geschaffen werden. Welches Konzept damit verbunden ist, wird aus der Tatsache deutlich, dass es den Angaben des Diakonischen Werkes zufolge im ganzen Bundesgebiet bisher 130 Plätze gibt, ver.di nennt die Zahl 140. Dazu der Fachbereichsleiter Jugendhilfe der Diakonie, Martin Apitzsch: „Werden Straftaten junger Menschen verfolgt, ist die Justiz aufgefordert, geltendes Recht anzuwenden und geeignete Maßnahmen einzuleiten. Geschlossene Unterbringung in der Jugendhilfe kann aber nicht aufgrund von Straftaten oder zum Schutz der Bevölkerung angeordnet werden. Hier muss der Richter ausschließlich prüfen, ob das Wohl des Minderjährigen gefährdet ist. Für eine kurze Zeit ist gesicherte Unterbringung rechtlich nur dann zulässig, wenn andere Hilfen gescheitert sind. Im Ergebnis wird es nur selten zu richterlichen Verfügungen zur geschlossenen Unterbringung kommen, so dass die Anzahl von 90 Plätzen völlig überdimensioniert ist.“

Die Erfahrungen der gigantischen Gefängnisbauprogramme in den USA (oder auch hierzulande) lehren, dass Gefängnisplätze, sind sie erst einmal geschaffen, auch belegt werden. Gesetze werden verschärft, Gefängnisstrafen häufiger verhängt, verhängte Strafen härter ... Intention der Einrichtung der zunächst 90 Plätze in geschlossenen Einrichtungen dürfte es gerade sein, den Druck auf die Gesetzeslage und die Rechtsprechung der Jugendgerichte zu erhöhen.

Prompt meldete sich die Schill-Partei erneut mit der Forderung, die Strafmündigkeit von 14 auf zwölf Jahre herabzusetzen. Schills Mannen wollen eine entsprechende Bundesratsinitiative und damit ein Roll Back in Gang bringen, das die Reformansätze der 60er, 70er und 80er Jahre vollends zunichte macht. Es droht ein gewaltiger Schritt zurück in Richtung Reichsjugendgerichtsgesetz von 1943, mit dem der faschistische Staatsapparat seinerzeit die Strafmündigkeitsgrenze in bestimmten Fällen von 14 auf 12 Jahre senkte und dem Gedanken der Einspernung Jugendlicher als Zuchtmittel und der Rachephantasie des „kurzen harten Schocks“ freie Bahn verschaffte. Ähnliche Vorstellungen finden sich durchaus in den Positionen der Schill-Partei wieder. Nach den Hochrechnungen der Hamburger Diakonie kostet die Einrichtung der zunächst 90 Plätze in geschlossenen Einrichtungen jährlich 7 Mio. Euro. Fast gleichzeitig gab der Senat bekannt, dass ab 2003 6 Mio. Euro jährlich bei den Hilfen zur Erziehung eingespart werden. Wenig kennzeichnet deutlicher, dass es dem Rechts-Schill-Senat um die Durchsetzung einer ultra-reaktionären Gesellschaftskonzeption geht.

scc



Hamburger Senat plant „geschlossene Unterbringung“

Erste Kinder-Abschiebungshaftanstalt?

HAMBURG. Scharfer Protest von PRO ASYL, Hamburger Flüchtlingsrat und Bundesfachverband: „Rückfall in autoritäre Erziehungsvorstellungen“.

Mit scharfer Kritik reagieren PRO ASYL, der Hamburger Flüchtlingsrat und der Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge auf die Pläne des Hamburger Senats zur „geschlossenen Unterbringung“ von ausländischen Minderjährigen.

Bei der Präsentation des Konzepts zur geschlossenen Unterbringung für straffällige Kinder am 3. Juli 2002 in Hamburg, das in der Fachöffentlichkeit auf eindeutige Ablehnung stieß, wurde ‚nebenbei‘ die Einrichtung einer Abschiebungshaftanstalt für ausländische Minderjährige zum 1. Oktober 2002 vorgestellt.

Es werden zunächst 15 Plätze für solche

Minderjährige geschaffen, die „wegen illegalen Aufenthalts oder ihrer Straftaten“ mit ihrer Abschiebung rechnen müssen. Dies wäre bundesweit die erste Abschiebungshaftanstalt speziell für Kinder. Flüchtlingsorganisationen haben bereits in der Vergangenheit auf den Skandal hingewiesen, dass in Deutschland auch Kinder in Abschiebungsgefängnissen inhaftiert werden. Statt diesen Missstand endlich zu beseitigen, geht Hamburg nun noch schärfer gegen ausländische Minderjährige vor. Die völlig unangemessene Inhaftierung von Minderjährigen wird nun auch noch institutionell verankert.

PRO ASYL befürchtet außerdem, dass auch minderjährige Flüchtlinge betroffen sein könnten, da der bloße illegale Aufenthalt schon zur Unterbringung ausreichen soll. Statt die in Hamburg ankommenden Flüchtlingskinder in Ju-

VER.DI, FACHBEREICHE BUND, LÄNDER UND GEMEINDEN, unterstützt die Stellungnahme von Trägern und Einrichtungen der Jugendhilfe zum Konzept zur „Kriminalitätsbekämpfung“ von Minderjährigen: Das von Senatorin Schnieber-Jastram vorgelegte Konzept täuscht die Öffentlichkeit, verschwendet Steuergelder, widerspricht dem Gesetz und ist fachlich eine Katastrophe!

gendhilfeeinrichtungen unterzubringen, müssen sie künftig ihre Inhaftierung befürchten.

Die Einrichtung einer Abschiebehaftanstalt für ausländische Kinder ist ein „eklatanter Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention“, so PRO ASYL-Vorstandsmitglied Heiko Kauffmann. „Nach Artikel 3 der Konvention ist bei allen Maßnahmen das Wohl des Kindes vorrangig zu berücksichtigen und nach Artikel 37 sollten Kinder grundsätzlich nicht in Haft genommen werden.“ Das gelte für unbegleitete Flüchtlingskinder in besonderer Weise.

Nicht der Gedanke der Betreuung und beschützenden Inobhutnahme kennzeichnet das Hamburger Konzept, sondern der der Ausgrenzung und Bestrafung. Albert Riedelsheimer vom Bundesfachverband stellt dazu fest: „Damit macht sich die Hamburger Landesregierung zur Vorreiterin einer kinder- und ausländerfeindlichen Politik.“

Für die Jugendlichen, die zwecks Abschiebung eingesperrt werden sollen, soll es nicht einmal eine pädagogische Betreuung oder die Möglichkeit des Schulbesuches oder einer Ausbildung geben. Die einzige Perspektive, die man diesen Jugendlichen zugesteht, ist die Abschiebung.

„Das Konzept des Hamburger Senats verstößt gegen alle Prinzipien einer gewaltfreien demokratischen Erziehung und markiert einen Rückfall in vordemokratische obrigkeitstaatliche Erziehungsvorstellungen der Vergangenheit“, erklärte Heiko Kauffmann. „Kinder gehören nicht in Knäste und dürfen erst recht nicht in Krisen- und Kriegsregionen abgeschoben werden!“, warnte Albert Riedelsheimer.

PRO ASYL, der Hamburger Flüchtlingsrat und der Bundesfachverband fordern den Hamburger Senat auf, diese Pläne umgehend zurückzuziehen und stattdessen die Verpflichtungen aus der UN-Kinderrechtskonvention umfassend umzusetzen.

gez. Heiko Kauffmann, Vorstandsmitglied PRO ASYL

gez. Albert Riedelsheimer, Vorstandsmitglied Bundesfachverband

PE vom 5.7.



Massive Grundrechtsverletzung erfordert Widerstand

SoPo kritisiert Senatspläne zur geschlossenen Unterbringung

Mit scharfer Kritik reagiert die Sozialpolitische Opposition Hamburg auf die Pläne der Sozialsenatorin zur Wiedereinführung der geschlossenen Unterbringung für Kinder und Jugendliche. Gleichzeitig ruft die SoPo dazu auf, sich an der ersten geplanten Protestaktion am Mittwoch, den 10. Juli, zu beteiligen. Um 10 Uhr führt die Ev. Fachhochschule des Rauhen Hauses eine öffentliche Vorlesung vor dem Gebäude Feuerbergstr. 43 durch, dem beabsichtigten Sitz der geschlossenen Unterbringung.

Petra Lafferenz von der SoPo: „Dieses sogenannte Konzept ist fachlich und juristisch unhaltbar und skandalös. Es eindeutig eine Schillsche Handschrift und treibt die Ausgrenzungs- und Einsperrpolitik der Hamburger Rechtsregierung auf die Spitze. Auf welcher gesetzlichen Grundlage die Hamburger Jugendrichter ab sofort derartig massive Grundrechtseingriffe in Art. 2 und 11 GG vornehmen sollten, wird nicht verraten. Der geplante „Abschiebeknast“ für unbegleitete Flüchtlingskinder ist ein eklatanter Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention. Und das „Familieninterventions-team“ entpuppt sich als reines Repressionsorgan. Die „schnelle Eingreiftruppe“ soll in enger Kooperation mit der Polizei Hausbesuche bei den Familien auffällig gewordener Kinder und Jugendlichen durchführen und bei fehlender Kooperationsbereitschaft gerichtlich die Einweisung in ein geschlossenes Heim beantragen.

Doch Jugendhilfe hat fachlich und rechtlich nichts, aber auch gar nichts mit Ordnungspolitik oder gar mit Aufträgen zur Freiheitsentziehung zu tun! Jugendhilfe soll vielmehr Kinder, Jugendliche und ihre Familien unterstützen und fördern. Repression, Wegsperrungen und Strafe haben daher in der Jugendhilfe nichts zu suchen!

Die SoPo fordert daher alle JugendarbeiterInnen sowie die betroffenen RichterInnen auf, sich der Mitarbeit am Einsperren von Kindern und Jugendlichen zu verweigern!

Gleichzeitig fordern wir die zuständige Gewerkschaft ver.di auf, die KollegInnen Protest- und Widerstandsaktionen unbürokratisch zu unterstützen.“

PE SoPo, 8.7.

Bild linke Seite: Hanöversand ist der Jungendknast in Hamburg: Die schlimmsten Befürchtungen – hier geäußert auf einer Demonstration 1993 u.a. gegen Kürzungen im Kita-Bereich – werden durch die Taten des Schwarz-Schill-Senats übertroffen.



Roma kämpfen um Bleiberecht

Vertreibungsdruck des BRD-Staates hält unvermindert an.

Nach den Innenministerbeschlüssen von Bremen (Juni 2002, wir berichteten in PB Nr. 13) entschlossen sich 500 Roma-Familien zum Appell an die Öffentlichkeit. Sie ziehen seither durch verschiedene Städte der BRD. Zur Zeit läuft die Aktion in Düsseldorf. Wir veröffentlichen Auszüge aus einem Gespräch, das die internetzeitschrift *krit.de* mit Dzoni Sichelschmidt, Sprecher von Centre of Integration, Affirmation and Emanzipation of the Roma in Germany, C.I.A.E. Roma-Union e.V. Essen /NRW, führte. Es ist schon böseartig, wie der gleiche BRD-Staat, der den Roma das Haus Jugoslawien kaputtgemacht hat, den Opfern seiner Politik nun die Zuluft verweigert. maf

krit: Im Rahmen unserer Aktion Roma sprachen wir mit Dzoni Sichelschmidt, Sprecher der Roma-Protest-Karawane. Er erzählt über die Ziele der Roma, über Reaktionen in Politik und Gesellschaft und über die Geschichte eines diskriminierten Volkes ohne Land.

krit: Warum haben sich die Roma in Deutschland zu einer Protest-Karawane zusammengetan? Was sind Ihre wichtigsten Forderungen.

DZONI SICHELSCHEIDT: Der Auslöser für diesen Protest war die Abschiebung von Herrn Dermiri aus Essen im April diesen Jahres. Er wurde ohne Vorankündigung

Behörde auf Tauchstation

Ulla Jelpke die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion: „Bereits Mitte Juni habe ich mich mit einem langen Schreiben an den nordrhein-westfälischen Innenminister Dr. Fritz Behrens gewandt und ihm ... geschildert ... dass die Roma bei einer Rückkehr in diese Staaten in erhebliche Gefahren für Leib und Leben gerieten. Deshalb habe ich ... gebeten die ... Roma nicht abzuschicken ... Auf diesen Brief habe ich bislang keine Antwort erhalten. Deshalb habe ich mich heute erneut an Dr. Behrens gewandt und meine Bitte um einen Abschiebungsstopp für die Roma erneuert.“

→ von der Polizei abgeholt und fand sich ohne seine Familie einige Stunden später in Belgrad wieder.

Diese Form von Abschiebung hat unter den Roma in Essen Panik ausgelöst und somit wurde spontan ein Zeltlager im Essener Stadtteil Schonnebeck errichtet. 500 Familien aus NRW versammelten sich dort, um auf ihre katastrophale und ausweglose Situation hinzuweisen. Denn die Rückführung der Roma in das Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens würde lebensbedrohliche Auswirkungen auf diese Minderheit haben. Laut UNHCR, Pro Asyl, GfbV und andere Menschenrechts- und Hilfsorganisationen kann kein Schutz vor Angriffen seitens der Bevölkerung und vor Misshandlungen und Schikanen durch die Polizei garantiert werden. Zugang zu Bildung, Arbeit, Gesundheitswesen, Wohnung etc. bleibt dieser Minderheit in der Regel verwehrt. Sie werden abgelehnt und das bekommen sie in jeder Lebenslage zu spüren – sie haben keinerlei Lebensperspektiven, falls sie abgeschoben werden. Die meisten von ihnen haben sich hier in Deutschland integriert, die Kinder gehen zur Schule und haben hier auch Ausbildungschancen. All dies sind Tatsachen, die wir kundgeben möchten. Da sich nach einem einmonatigen Aufenthalt in Essen die Politik nicht rührte, entschlossen wir uns zu einem Protestzug durch Deutschland. Von Essen ging es nach Bremerhaven zur IMK, weiter nach Hamburg, Berlin, Hannover, Bielefeld, Münster, Dortmund, Wuppertal und Köln. Nun sind wir seit ca. zwei Wochen in Düsseldorf. Unsere Forderungen sind Abschiebestopp, Bleiberecht für alle Roma, die mehr als fünf Jahre in Deutschland leben, für die anderen eine dreijährige Chance, um sich produktiv für die deutsche Gesellschaft einzusetzen. Weiterhin sollen die Roma an allen Entscheidungen, die in ihr Leben eingreifen, beteiligt werden. (Unsere Organisation C.I.A.E.R. würde für die Realisierung zur Verfügung stehen.)

krit: Was können solidarische Bürger tun?

DZONI SICHELSCHEIDT: Vor allen Dingen ist es an erster Stelle wichtig, sich wirklich über die Roma zu informieren und nicht einfach Vorstellungen und Vorurteile zu übernehmen, die nicht mit der Realität übereinstimmen. Die Aufklärung wäre somit der erste Schritt, um die Roma für uns gesellschaftsfähig zu machen. Aus diesem Blickwinkel kann man dann auch erkennen, dass wir es hier mit massiven Menschenrechtsverletzungen zu tun haben – Menschenrechtsverletzungen, die Deutschland in dieser Form mit Selbstverständlichkeit im Ausland kritisiert und verfolgt.

Natürlich sind wir auf jede Art von humanitären, finanziellen und solidarischen Unterstützung angewiesen.

Infos u.A. über:

<http://krit.de/roma/>;

<http://www.fluechtlingsrat-berlin.de>

Gegen Befristung der Arbeitslosenhilfe: KÖLN. Der Deutsche Städtetag hat die von der Hartz-Kommission vorgeschlagene pauschale Begrenzung der Arbeitslosenhilfe auf ein Jahr als „unverantwortlich“ kritisiert. Diese Maßnahme würde dazu führen, dass mehr als eine Million Arbeitslosenhilfeempfänger „systematisch aus dem Arbeitsmarkt ausgemustert“ und den Kommunen überantwortet würden. Er verweist auf eine verlässliche Schätzung von Fachleuten, der zufolge rund 60 Prozent der gegenwärtig 1,67 Millionen Arbeitslosenhilfeempfänger von einer Begrenzung der Hilfe auf ein Jahr betroffen wären. Den Kommunen fehlten aber nicht nur die finanziellen Mittel, um die Betroffenen wieder in Beschäftigung zu vermitteln. Es sei vielmehr zu erwarten, dass auch die traditionellen, auf den Zweiten Arbeitsmarkt gerichteten Beschäftigungsmaßnahmen der Arbeitsämter zugunsten der neuen Personal-Service-Agenturen (PSA) zurückgeführt würden. „Damit werden die Kommunen ihrer Mittel und Instrumente beraubt, um Arbeitslose wieder aus der Sozialhilfe herauszukriegen.“ Eine Wiedereingliederung Arbeitsloser mit Hilfe der PSA setze nämlich voraus, dass es auch genügend Stellen gebe. Das sei aber in vielen Kommunen vor allem in den neuen Ländern nicht der Fall.

www.staedtetag.de

Reformen nicht an den Kommunen vorbei: BERLIN. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hält folgende Reformschritte für notwendig:

1. Das Sozialhilferecht muss reformiert werden. Dazu gehört der Grundsatz, zielgenau zu helfen und gleichzeitig Anreize zur Eigeninitiative zu schaffen.
2. Das Nachrangigkeitsprinzip in der Sozialhilfe muss wieder hergestellt werden.
3. Sozialhilfeleistungen sind zu entbürokratisieren und zur Stärkung der Eigenverantwortung der Hilfeempfänger in einer Pauschale zusammenzufassen.
4. Bei einer Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist ein eigenständiges Leistungsgesetz des Bundes notwendig. Der Bund hat darin insbesondere die dauerhafte finanzielle Verantwortung für die erwerbsfähigen Arbeitslosen zu übernehmen.
5. Es muss sichergestellt werden, dass sämtliche Arbeitslose, auch arbeitslose Sozialhilfeempfänger, Ansprüche auf Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik haben.
6. Vorrangiges Ziel aller Arbeitsmarktaktivitäten muss die Rückführung der Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt sein. Die AB-Maßnahmen sind mittelfristig zurückzufahren.
7. Es sind flächendeckend lokale Jobcenter zu errichten, die alle Aktivitäten und Maßnahmen der verschiedenen Dienste (z. B. Bundesanstalt für Arbeit, Kommunen, Wohlfahrtsverbände und andere Ein-

richtungen) zusammenführen und die Qualifizierungsmaßnahmen bündeln.

Die Hartz-Kommission scheint viele Aspekte der Reform der Sozialsysteme aufzunehmen. Es ist aus der Sicht der Kommunen aber völlig inakzeptabel, wenn der Bund glaubt, sich durch eine Befristung der Arbeitslosenhilfe noch weiter aus der Finanzierung der Arbeitslosigkeit zurückziehen zu können.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund untermauert seine Reformforderungen mit folgenden Fakten zur Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe:

1. Sozialhilfe (Kommunal finanziert)

Zahl der Bezieher: 2,68 Mio. Personen (Ende 2000), davon im erwerbsfähigen Alter (15–64 Jahre) ca. 1,62 Mio. Pers. Ausgaben: 9,52 Mrd. Euro für laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, darunter: 4,85 Mrd. Euro für erwerbsfähige Hilfeempfänger, 1,07 Mrd. Euro (geschätzt) für Hilfe zur Arbeit.

2. Arbeitslosenhilfe (Bundesfinanziert)

Zahl der Bezieher: 1,48 Mio. Arbeitslose (Jahresdurchschnitt 2001), (März 2002 1,67 Mio).

Kosten des Bundes: 12,78 Mrd. Euro, davon Beiträge zur Sozialversicherung 3,84 Mrd. Euro (30 %), davon: 1,96 Mrd. Euro Krankenversicherung, 1,73 Mrd. Euro Rentenversicherung, 0,15 Mrd. Euro Pflegeversicherung.

Arbeitsfördermaßnahmen ca. 4–5 Mrd. Euro für Arbeitslosenhilfebezieher.

3. Kurzfristige Wirkungen bei einer ersatzlosen Streichung der Arbeitslosenhilfe (Verteilung in Mrd. Euro jährlich): Bund + 12,3; Kommunen – 3,2; Krankenversicherung – 2,0; Rentenversicherung – 1,7; Pflegeversicherung – 0,2; Empfänger Arbeitslosenhilfe – 4,7.

www.dstgb.de

Gegen vollständige Liberalisierung.

BERLIN. Eine vollständige Liberalisierung der Abfallwirtschaft sei weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll. Insbesondere der Hausmüllbereich sollte weiterhin in kommunaler Zuständigkeit und damit öffentlicher Verantwortung verbleiben. Dies erklärten Bundesumweltminister Jürgen Trittin und VKU-Präsident OB Gerhard Widder in einer gemeinsamen Pressemeldung nach einem Gespräch über aktuelle Probleme der Abfall- und Wasserwirtschaft in Berlin. Die Forderungen nach Liberalisierung und materieller Privatisierung der Wasserwirtschaft wurden vom Bundesumweltministerium und VKU ebenfalls einvernehmlich zurückgewiesen. Wasser sei als Lebensmittel keine beliebige Ware, sondern unverzichtbare Lebensgrundlage. Wasserversorgung stelle traditionell eine Kernaufgabe der kommunalwirtschaftlichen Daseinsvorsorge dar.

www.vku.de

Zusammenstellung: ulj

Britische Gewerkschaften rufen zum Streik auf – Im öffentlichen Dienst Großbritanniens steht der erste landesweite Streik seit mehr als 20 Jahren bevor. Drei der größten Gewerkschaften haben mehr als 1,2 Millionen Angestellte für den 17. Juli 2002 für 24 Stunden zum Ausstand aufgerufen. Vom Streik betroffen sein werden die sozialen Dienste, die Müllabfuhr, Schulen und Wohnheime sowie Busse und Bahnen. Die Gewerkschaften fordern Lohnerhöhungen von 6%, die Arbeitgeber boten bisher 3% an. Der Vorsitzende der Transport and General Workers Union (TGWU), Jack Dromey, sagte, 80% der Mitglieder hätten für den Streik votiert.

Zweitägiger Bankenstreik im Rhein-Main-Gebiet erfolgreich

Mehr als 5.000 Bankangestellte aus dem Rhein-Main-Gebiet haben sich am 28. Juni beteiligt und an einer Kundgebung auf dem Frankfurter Goetheplatz und einer anschließenden Demonstration durchs Bankenviertel teilgenommen. Die Streiks, die von Ver.di bewusst auf den Ultimo- und Halbjahresabschlusstermin gelegt wurden, führten zu Zweigstellen-schließungen und erheblichen Behinderungen.

Bei der Nassauischen Sparkasse streikten rund 900 Beschäftigte aus dem gesamten Geschäftsgebiet, 90% der Zweigstellen waren geschlossen. Bei der Bank 24 in Wiesbaden waren 2/3 der Beschäftigten in den Ausstand getreten. Aus dem Bezirk Wiesbaden waren die Streikenden mit 16 Bussen nach Frankfurt zur Kundgebung angereist. Bei der Frankfurter Sparkasse waren wie am Vortag 36 Zweigstellen geschlossen, in 18 weiteren war nur eine Notbesetzung. In der Hessischen Landesbank waren Zahlungsverkehr, Buchhaltung und Bausparkasse geschlossen im Streik, fast alle Schalter und Kassen waren geschlossen. Bei der DZ-Bank beteiligten sich mehr als 50% der Beschäftigten am Streik. Auch in den Rechenzentren der Deutschen Bank konnten die Streiks ausgeweitet werden, mit Beginn der Nachtschicht am Donnerstag waren auch die Beschäftigten der Rechenzentren in Düsseldorf und Hamburg in den Ausstand getreten. Die versammelten Streikenden auf dem Goetheplatz verabschiedeten eine Resolution an die Adresse der Arbeitgeber, in der sie die unverzügliche Aufnahme der Verhandlungen ohne Vorbedingungen über eine tariflich abgesicherte Gehaltserhöhung forderten. Sollten diese Verhandlungen nicht zustande kommen, drohen die Streikenden an, unter dem Motto „Freitag ist Streiktag“ trotz Ferienzeit alle 14 Tage freitags so lange zu streiken, bis ein zufriedenstellender Tarifabschluss mit Ver.di getätigt wird ... Die Forderung hat ein Gesamtvolumen von 6,5% und bezieht sich auf Gehalt, Beschäftigungssicherung und einen Einstieg in die Riesen-Rente.

www.verdi-hessen.de, 3.7. und 5.7.02, udi

Bei der pädagogischen Diskussion rund um die PISA-Studie war die fehlende Reflexion über Bildung als Vermittlung von technischem, im Arbeitsprozess unmittelbar praktikablem Wissen auffällig. Nun ein Dokument aus der gewerkschaftlichen Bildungsdiskussion, das unter der entgegengesetzten Einseitigkeit leidet. Ist an die Schulpädagogik zu fragen, wieso man von dem Konzept der polytechnischen Bildung so völlig abgekommen ist, bei dem das Erlernen gesellschaftlich anerkannter beruflicher Arbeit mit der schulischen Bildung verbunden wird, so fehlt in der Diskussion um die berufliche und die Weiterbildung der Gedanke, dass diese ganz unter das Nützlichkeitskalkül des Arbeitsmarktes gestellten Anstrengungen ergänzt werden müssen durch das Recht auf selbstbestimmte Komponenten.

maf

Hannoveraner Erklärung zur Bildungspolitischen Konferenz

Für mutige Reformen in der Aus- und Weiterbildung

Am 28. und 29.06. fand in Hannover die gemeinsame Betriebs-, Personalräte- und JAV-Konferenz der ver.di und der IG-Metall, „Her mit dem schönen Leben! – Für mutige Reformen in der Aus- und Weiterbildung“ statt. 190 Betriebs- und Personalratsmitglieder, Jugend- und AuszubildendenvertreterInnen und Gäste diskutierten in Workshops miteinander, im Plenum mit Politikern und mit den Vorsitzenden ihrer Gewerkschaften zu Fragen der Aus- und Weiterbildung.

Zum Abschluss ihrer Veranstaltung verabschiedeten sie die Hannoveraner Erklärung, mit der sie ihre Positionen in Bezug auf die Berufsbildungspolitik in Richtung Bundestagswahl deutlich machen. Gemeinsam werden ver.di und die IG-Metall an ihrer Umsetzung arbeiten.

Die Positionen werden in die Debatte des DGB zur Reform des Berufsbildungsgesetzes und der Schaffung eines Weiterbildungsgesetzes einfließen.

Bildung ist die soziale Frage des 21. Jahrhunderts

Diese Aussage ist neuerlich und dramatisch durch die Ergebnisse der Pisa-Studie bestätigt worden. In keiner anderen Industrienation haben Herkunft und soziales Umfeld von Jugendlichen einen so nachhaltigen Einfluss auf die Bildungs- und damit Berufs- und Lebenschancen des Einzelnen wie in Deutschland.

Dabei ist Bildung eine unverzichtbare Grundlage für eine freie, solidarische, mündige und gerechte Gesellschaft. Sie dient der Entfaltung der persönlichen Fähigkeiten. Sie kann und muss den Menschen die Qualifikationen zur Orientierung und zur Mitgestaltung in der Gesellschaft vermitteln. Sie kann und muss entscheidend zur Chancengleichheit sowie zur ökonomischen und sozialen Sicherung für alle beitragen.

Das Grundrecht auf Bildung unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Vorbildung kann nur dann umfassend umgesetzt werden, wenn es einer abschließlichen Kosten- und Nutzenkalkulation entzogen und als gesellschaftliche Aufgabe verstanden wird.

Dem Anspruch auf Chancengleichheit in und durch Bildung muss durch

- die materielle Absicherung von Bildungsmaßnahmen,
- eine größere Durchlässigkeit der Bildungswege,
- mehr Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung mit dem allgemeinen Bildungswesen und durch
- die Ausweitung des Rechtsanspruchs auf Qualifizierungsmaßnahmen zur Geltung verholfen werden.

Qualifizierte berufliche Erstausbildung ist eine Investition in die Zukunft

Nur eine hohe Qualität der Ausbildung ist Grundlage, um den sich ändernden Anforderungen an technische und soziale Kompetenz im Erwerbsleben gerecht werden zu können.

Sogenannte „praxisorientierte Ausbildungen“, in denen die Ausbildungszeiten verkürzt und die Qualifikationen eingeschränkt werden, führen die davon Betroffenen in die berufliche und soziale Sackgasse. Vielmehr ist es notwendig, allen Berufseinsteigern Qualifikationen wie z.B. den Umgang mit Informationstechnik, Medienkompetenz und das Lernen lernen zu vermitteln. Schlüsselqualifikationen wie Teamfähigkeit, soziale Kompetenz, Projekt- und Prozessarbeit müssen in alle Ausbildungsberufe integriert werden.

Oft fehlt für die Vermittlung dieser Qualifikationen (ausreichend) kompetentes und auf dem aktuellen Stand geschultes Ausbildungspersonal. Schlüsselqualifikationen können nur durch Ausbilder/innen und Berufsschullehrer/innen vermittelt werden, die die Fähigkeit besitzen, die Auszubildenden beim Lernen zu begleiten und anzuleiten, sie individuell zu fördern und nicht nur deren Auslese durch ein reformbedürftiges Prüfungssystem zu überwachen.

Das bewährte duale Ausbildungssystem muss durch mutige Reformen zukunftssicher gemacht werden

Das duale System hat in den letzten Jahren schwer gelitten. Schwachpunkte sind

→ unverkennbar: Oft fehlt eine Abstimmung und Koordination zwischen Betrieb und Berufsschule, zwischen Praxis und Theorie. Die Sachausstattung an den beruflichen Schulen muss verbessert werden. Moderne Sachausstattungen und Lehrer/innen, die in der Lage sind, zukunftsfähige Ausbildungsinhalte zu vermitteln, sind unabdingbar für ein funktionierendes duales Zusammenspiel. Dabei kommen auf die Berufsschulen bsw. durch die notwendige Vermittlung von Fremdsprachen zusätzliche Aufgaben hinzu.

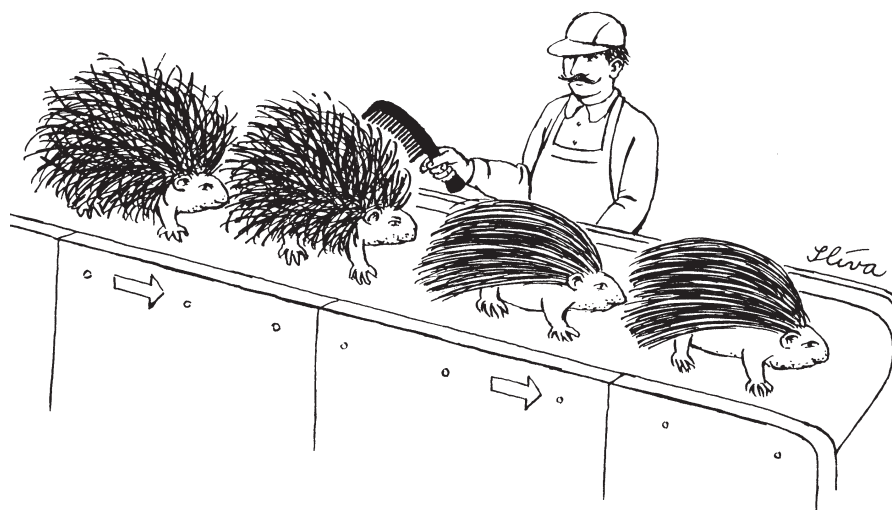
Aber auch in den Betrieben gibt es unverkennbar Defizite: Die Inhalte der Ausbildungsordnungen werden nicht vollständig umgesetzt, entsprechend hoch sind die Durchfallquoten bei den Zwischen- und Abschlussprüfungen; im Handwerk fehlt es an systematischer Ausbildung in überbetrieblichen Ausbildungsstätten; Lernen im Betrieb wird nicht mit der notwendigen Professionalität und Intensität vorbereitet und durchgeführt; das neben- und hauptberufliche Bildungspersonal wird nicht im notwendigen Umfang unterstützt und ebenso wie in den Berufsschulen fehlt es in vielen Betrieben an moderner Ausstattung.

Für das Recht auf eine Berufsausbildung

Auch in den fast vier Jahren rot-grünen Regierens wurden die strukturellen Fehlentwicklungen auf dem Ausbildungsstellenmarkt nicht korrigiert. Nach wie vor fehlt es in Deutschland an einem auswahlfähigen Angebot an Ausbildungsplätzen. Noch immer findet nicht jede Schulabgängerin und jeder Schulabgänger einen Ausbildungsplatz. Alarmierend ist insbesondere die Situation in den neuen Bundesländern. Hier liegt die Zahl der unversorgten Jugendlichen, der außerbetrieblichen Ausbildungsplätze und der Jugendlichen in Warteschleifen am höchsten – die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze am niedrigsten. Die Arbeitgeber haben ihre Zusagen aus dem Ausbildungskonsens im Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit jedes Jahr nicht eingehalten. Unternehmen, die nicht ausbilden, handeln wirtschaftlich und sozial verantwortungslos. Sie handeln zu Lasten der Jugendlichen, der ausbildenden Betriebe und auf Kosten der Allgemeinheit.

Wir bleiben daher bei unserer Forderung, mit Hilfe einer gesetzlichen Umlagefinanzierung, die alle Arbeitgeber in die Pflicht nimmt, ein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen zu gewährleisten. Sie stellt nicht nur einen solidarischen Lastenausgleich zwischen ausbildenden und nichtausbildenden Betrieben her, sondern ermöglicht auch eine umfassende Qualitätssicherung in der beruflichen Bildung.

Eine Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) ist notwendige Konsequenz aus den dramatischen Veränderungen in der Arbeitswelt, der anderen Situation



der beruflichen Bildung, der spezifischen Entwicklung in den neuen Bundesländern und nicht zuletzt auch mit Blick auf die europäische Integration ist dieses Gesetz nach über 30 Jahren überfällig. Reformziele müssen dabei die Verbreiterung und Vertiefung der Standards, Qualitätssicherung und der Demokratisierung sein. Die Berufsausbildungsvorbereitung muss dringend verbessert und in den Geltungsbereich des BBiG aufgenommen werden.

Verzahnung von Aus- und Weiterbildung

Eine gute Berufsausbildung allein reicht angesichts des rasant anhaltenden Wandels in Wirtschaft und Gesellschaft nicht aus, um dauerhaft die Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten. Deshalb sollte, wie bei den Erfolgsmodellen der neugeschaffenen IT- und Medienberufe, von Anfang an auch eine geordnete berufliche Weiterbildung mit gedacht und erarbeitet werden. Dabei wird informelles Lernen und arbeitsprozessorientierte Weiterbildung auch für Seiteneinsteiger einen höheren Stellenwert erhalten. Über Zusatzqualifikationen in der beruflichen Erstausbildung kann die überholte Trennung zwischen Aus- und Weiterbildung durchlässiger werden.

Weiterbildung ausbauen

Zunehmend entscheidet berufliche Weiterbildung mit über die Sicherheit des Arbeitsplatzes, Chancen auf gutes Einkommen, die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten und die Qualität der Arbeit. In dem Maß, in dem damit Lebensperspektiven mitbestimmt werden, begrenzt der Ausschluss von den Weiterbildungsmöglichkeiten die individuellen Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten. Teilhabe an oder Ausgrenzung von Weiterbildung wird also zur neuen sozialen Frage.

Gewerkschaften haben auch deshalb die Qualifizierungspolitik wieder stärker in den Focus ihrer Tarifpolitik genommen und werden die betrieblichen Interessenvertretungen bei der Nutzung der durch

die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes hinzu gewonnen Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsrechte unterstützen. Das allein wird aber nicht ausreichen, um eine neue Weiterbildungskultur aufzubauen.

Berufliche Weiterbildung muss auch als Bestandteil der aktiven Arbeitsmarktpolitik für Arbeitslose, Ungelernte und von Arbeitslosigkeit Bedrohte beibehalten und ausgebaut werden. Sie ist Teil des erforderlichen Ausbaus des Gesamtsystems der beruflichen Weiterbildung, der für die Bewältigung der – durch Themen wie Globalisierung von Produkten, Märkten und Finanzströmen, Strukturwandel durch die Informationstechnologien, Dynamik des Beschäftigungssystems, Entwicklung hin zur Wissensgesellschaft gekennzeichneten – Umbrüche in der Arbeitswelt entscheidend ist.

Stellenwert der beruflichen Aus- und Weiterbildung stärken

Berufliche Bildung muss zukünftig den selben bildungspolitischen Stellenwert wie Allgemeinbildung haben. Deshalb ist sie in ihrer Wertigkeit allgemeinbildenden Abschlüssen gleichzustellen. So sollen qualifizierte Erstausbildungen zum Hochschulzugang berechtigen und qualifizierte Weiterbildungen (Fach-)Hochschulabschlüssen gleichgestellt werden. Das schafft mehr Durchlässigkeit zwischen den Bildungssystemen und mehr Chancen zum lebenslangen Lernen.

Bildung für Wachstum und sozialen Zusammenhalt

Die Nachfrage nach geringqualifizierten Arbeitskräften ist aufgrund von Rationalisierungsprozessen in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen – diese Entwicklung wird sich auch in den kommenden Jahren fortsetzen und weiter beschleunigen.

Wer glaubt, durch eine noch weiterreichende Lohnspreizung die Arbeitslosigkeit gering qualifizierter Personen zu vermindern und die notwendige Expansion des Dienstleistungssektors zu errei-

chen, der wird enttäuscht werden. Eine Niedriglohnstrategie vermindert – sozusagen als „Kosten der Deregulierung“ – Anreize zur Qualifizierung bei Unternehmen und Beschäftigten, verringert Wachstum und gefährdet sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Bundesregelungen zur Weiterbildung schaffen

In einer auf Qualifikation, Innovation und Chancengleichheit orientierten Gestaltungsstrategie für die Arbeitsgesellschaft der Zukunft ist der Ausbau der Weiterbildung unverzichtbar. In einem ersten Schritt ist deshalb ein Bundesgesetz für die berufliche Weiterbildung zu schaffen, das einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung für alle garantiert. Dieses Rahmengesetz soll den Zugang zur Weiterbildung für alle sichern, für die Herstellung institutioneller Verlässlichkeit sorgen, Transparenz herstellen und die Beratung absichern sowie für Gleichwertigkeit der beruflichen und allgemeinen Bildungsabschlüsse sorgen. Schließlich sollen arbeitsmarktfähige Abschlüsse vorgesehen, Lernzeitansprüche abgesichert und klare Finanzierungsregelungen geschaffen werden.

Informationen über die Qualität der Weiterbildung und ihrer Verwertbarkeit zählen zu den wichtigsten Kriterien bei Bildungsentscheidungen. Darum gilt es, Qualitätsstandards zu entwickeln und zu sichern. Diese sind auf engste verknüpft mit der Professionalität der Weiterbildungsprozesse. Zu den zu entwickelnden Qualitätskriterien zählen auch ein angemessenes Verhältnis von haupt- und nebenberuflichem Personal, dessen fachliche und pädagogische Qualifikation und die tariflichen Arbeitsbedingungen.

Weiterbildung als öffentliche Aufgabe

Der SGB III-geförderte Teil der beruflichen Weiterbildung, der sich vorwiegend um die vom Strukturwandel betroffenen Arbeitslosen kümmert, hat eine besondere Bedeutung. Die Reintegration in das Erwerbsleben darf nicht auf die Einzelnen abgewälzt oder privatwirtschaftlichem Nutzen untergeordnet

werden. Die damit verbundenen Aufgaben müssen vielmehr durch eine regulierende Stelle in öffentlicher Verantwortung (Selbstverwaltung) koordiniert werden.

Darüber hinaus sind im Sinne von „Beschäftigungssicherung“ vier Interventionsstadien für öffentlich geförderte Qualifizierung vorzusehen:

- präventive Förderung für Beschäftigte und Betriebe,
- pro-aktive Intervention bei drohendem Arbeitsplatzverlust,
- frühzeitige Förderung bei Eintritt in Erwerbslosigkeit,
- unterstützende Förderung bei Verfestigung der Erwerbslosigkeit.

Die schiere Ökonomisierung der Bildung verhindern – Bildung sozial gestalten

Angeichts der Bedeutung von (beruflicher) Bildung für jede/n Einzelne/n darf Bildung nicht zur x-beliebigen Ware verkommen. Die in den GATS-Verhandlungen angestrebte weltweite Öffnung, Liberalisierung und Privatisierung der „Bildungsmärkte“ führt schon jetzt zu erschreckenden Vorschlägen. Anstatt die öffentliche Daseinsvorsorge im Bildungssektor auszubauen und damit Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit zu ermöglichen, droht, wie beispielsweise durch den Hamburger Senat jetzt vorgeschlagen, eine weitere Entstaatlichung des Bildungswesens durch die Privatisierung der Berufsschulen.

Bildung droht immer stärker eine Frage von Einkommen, Herkunft, und reinen Kosten-Nutzen-Kalküls zu werden.

Diesen Tendenzen treten die Gewerkschaften mit ihrer Forderung der Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit im Bildungswesen entgegen.

Wir erwarten aber auch, dass die (zukünftige) Bundesregierung konsequent diesen negativen Bestrebungen entgegenwirkt.

Wir Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz treten ein: Für mutige Reformen in der Berufsbildungspolitik.

Homepage der Initiative „Her mit dem schönen Leben“: www.hmdsl.de

Her mit dem schönen Leben – eine andere Welt ist möglich! Bundesweiter Aktionstag am 14. September in Köln



Eine Woche vor der Bundestagswahl rufen fünf Gewerkschaftsjugendverbände sowie attac zu einer bundesweiten Großdemonstration auf: „Entgegen aller Wahlkampf rhetorik und Versprechungen bestimmen neoliberale Wirtschaftspolitik und die fortlaufende Demontage des Sozialstaats Parteienlandschaft und Regierungspolitik. Dagegen hilft nicht das Kreuz auf dem Stimmzettel, sondern gesellschaftspolitischer Druck. In aller Welt setzen sich immer mehr Menschen zur Wehr. Das macht Mut, auch in Köln die Stimmen zu erheben – für eine Politik von Umverteilung, sozialer Gerechtigkeit und friedlicher Konfliktlösung.“

Wirtschaftsverbände gegen „staatlich finanziertes Reklamationsinstitut“. – HB, Dienstag, 9.7.02.

– Nachdem R. Künast (Verbraucherschutzministerin) die Euro-Preistreiber auf einer Internet-Seite namentlich benennen wollte, kündigten die Vertreter mehrerer Wirtschaftsverbände an, das nächste Treffen des „Anti-Teuro-Gipfels“ im Bundesverbraucherministerium zu boykottieren. Der DIHT beklagte, dass „bei der ersten Runde vereinbart worden (sei), dass das Preis-Wert-Forum nicht als eine Art Pranger angelegt werden sollte“. Eine Sprecherin des Verbraucherministerium sagte, es sei sehr wohl besprochen worden, einzelne Preissünder auch namentlich zu nennen. Das Treffen werde trotz der Absage der Wirtschaftsverbände stattfinden.

Ostdeutschen Sparkassen geht es nicht gut. – HB, Freitag/Samstag, 12./13. 7. 02.

– Die Situation bei den ostdeutschen Sparkassen sieht drastisch aus. „Die Mehrzahl der Sparkassen verdient mit gewerblichen Krediten kein Geld“, sagt der Verbandschef des Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverbandes (OSGV), C. F. Holtmann. Größtes Problem sei der Wertverfall vieler Kreditsicherheiten wie Grundstücke, die vielfach eine Neubewertung der Risikosituation erforderten.

BA-Vorstand soll nicht zu viel Rechte erhalten. / Der neue Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit (BA) von 51 auf 21 Mitglieder verkleinert.

Der neu gewählte Vorsitzende des Rates, Arbeitgebervertreter C. Kannegießer, monierte, dass der Verwaltungsrat den BA-Vorstand zwar kontrollieren, nicht aber wie ein Aufsichtsrat an seiner Besetzung mitwirken dürfe.

Rüstungsexport-Richtlinien sollen gelockert werden. – Wie einige CDU- und SPD-Politiker hat sich auch H. Harff,

Geschäftsführer des Ausschusses Verteidigungswirtschaft beim BDI, zu den Rüstungsexport-Richtlinien geäußert. Auch er fordert ein Umdenken. „Wenn wir wegen des Kurdenproblems Panzerexporte in die Türkei untersagen, dürfen wir auch nicht nach Spanien oder Großbritannien liefern“, sagte er mit Verweis auf das Basken- und Nordirland-Problem dieser Länder. Der frühere Brigadegeneral sieht noch eine andere Gefahr: bei der anstehenden Konsolidierung der europäischen Rüstungsindustrie könne die deutsche Wehrindustrie den Kürzeren ziehen. „Wir haben Spitzentechnologie zu bieten, aber keinen ausreichenden Umsatz im Bereich der Landsystemindustrie.“

Presseauswertung: rst

Schlechte Umfragen für die PDS in Berlin

Die PDS bekommt in Berlin schlechte Umfragewerte. Mitte Juli legten gleich zwei Institute ihre Daten vor. Dabei sind die Daten je nach Auftraggeber unterschiedlich. Aber in beiden Fällen hat die SPD gegenüber der Wahl zum Abgeordnetenhaus im Oktober 2001 deutlich zugelegt, während die PDS verglichen mit diesem Wahlergebnis deutlich fällt. Im einzelnen:

Die SPD steigt von 29,7 Prozent bei den Abgeordnetenhauswahlen auf 34 Prozent (Forsa) oder 31 Prozent (Emnid). Die PDS fällt von 22,6 Prozent bei den Abgeordnetenhauswahlen auf 18 Prozent (Forsa) oder auf 16 Prozent (Emnid).

Die CDU, die bei den Abgeordnetenhauswahlen mit 23,8 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis der Nachkriegszeit hatte, kommt fast unverändert auf 24 Prozent (Forsa) oder steigt leicht auf 27 Prozent (Emnid). Bei den Grünen sind die Werte ebenfalls leicht steigend – von 9,1 Prozent bei den Wahlen auf 10 Prozent (Forsa) bis 13 Prozent (Emnid). Die FDP verliert, von 9,9 Prozent bei den Wahlen auf 9 Prozent (Forsa und Emnid).

In der PDS haben die Umfragedaten die Nervosität und das Stimmungstief weiter vertieft. Die Politik des rot-roten Senats ist bei der PDS-Basis wenig populär. Auch wenn die Meinungen, was anders gemacht werden könnte, ziemlich auseinander gehen, ist die Stimmung schlecht. Vor allem die vom Senat verordneten massiven Kürzungen in den Bezirken und die ständigen Pöbeleien von Finanzsenator Sarrazin gegen die Gewerkschaften und die Beschäftigten in Berlin machen böses Blut. Kein PDS-Politiker hat diesen selbstherrlichen Flegel bisher zurückgepfiffen. Im Gegenteil: Die PDS-Fraktion und die –Senatoren tragen den Plan, die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst zu Lohnverzicht zu bewegen, die faktisch einen Bruch der bestehenden Tarife bedeuten, sogar noch mit. Kein Wunder, dass die Gewerkschaften mit Parolen, wie noch 1998 vom Erfurter Appell propagiert heute gegen den rot-roten Senat, demonstrieren.

Auch auf anderen politischen Feldern fehlt so ziemlich alles, was die PDS-Basis begehrt. Vom Senat kommen praktisch keine bundespolitischen Initiativen mit PDS-Handschrift, der Wirtschaftsminister kann – erste Ausnahme: Das geglückte Insolvenzverfahren für Herlitz – auch keine guten Nachrichten liefern, und die Milliardenrisiken bei der Bankgesellschaft erscheinen wie ein Fass ohne Boden. Noch nicht mal die Chipkarten für Asylbewerber sind abgeschafft. Auch der Flughafen ausbau in Schönefeld, den die PDS ver-

hindern wollte, ist noch nicht vom Tisch. Auf fast allen politischen Feldern müssen die Wählerinnen und Wähler lange suchen, bis sie eine PDS-Wahlaussage umgesetzt finden, geschweige denn einen Erfolg fürs sozialistische Herz. Weniger Polizeischlägerei am 1. Mai ist einfach zu wenig.

Nach dem Demo-Verbot gegen PDS-Senatoren beim Bush-Besuch wird nun auch noch das Berliner Stadtschloss an der Stelle des „Palast der Republik“ wieder aufgebaut. Als ob Berlin nicht schon genug wilhelminische Denkmäler hätte! Auch wenn dieses Projekt eine Entscheidung des Bundes war – ein Signal für eine politische Wende nach links sieht anders aus als dieser blasse Senat.

Also fallen die Werte der PDS, und der Hinweis aus dem Landesvorstand der PDS, das Wahlergebnis bei den Abgeordnetenhauswahlen sei durch die Krise der Bankgesellschaft bedingt gewesen, ist ein schwacher Trost. Die PDS in Berlin kann derzeit einfach keine politischen Akzente setzen. Das drückt auf die Mobilisierung, auch für die kommenden Bundestagswahlen.

Allerdings: Bei allen schlechten Umfragewerten muss beachtet werden, dass die PDS bei den letzten Bundestagswahlen 1998 in Berlin 13,4 Prozent bekam. Verglichen damit liegt sie in den derzeitigen Umfragen immer noch um ein Fünftel besser als 1998. Auf das Bundesgebiet übertragen wären das immer noch die angestrebten „6 + x Prozent“.

Optimistisch äußerte sich der „Wahlkampfchef“ Dietmar Barsch über die **Aussichten seiner Partei für den 22. September** am 16. Juli im ND: „Zwar sei noch nicht alles gelaufen, räumte er ein. Er sei trotzdem zuversichtlich, dass die PDS im Osten rund 25 Prozent und im Westen zwei Prozent der Stimmen für den Bundestag erhält. Seine Partei wolle so zur drittstärksten Partei der Bundesrepublik werden. Gute Chancen bestünden, Direktmandate in Berlin, in anderen ostdeutschen Großstädten und in Landkreisen zu gewinnen. Eine Bundeskoalition von SPD und PDS oder eine Tolerierung seien absurd. Die PDS wolle aber dazu beitragen, einen Kanzler Stoiber zu verhindern.“

Bei der Abstimmung im Bundestag über den Bau eines „**Zentrums gegen Vertreibung**“ am 4.7. haben acht Abgeordnete der PDS-Fraktion, Eva Bulling-Schröter, Uwe Hixsch, Ulla Jelpke, Sabine Jünger, Heidi Lippmann, Christina Schenk, Winfried Wolf und Ulla Lötzer, eine „Erklärung zur Abstimmung“ abgegeben, die wir in der letzten Ausgabe der Politische Berichte bereits vorab veröffentlichten konnten.

Zusammenstellung: jöd

Eine Zusammenfassung von Hans Waschkau, Teil 3 von 3 Teilen

„Was ist Kunst?“ – unter diesem Titel stellt Michael Hauskeller sechzehn verschiedene Kunsttheorien der letzten zweieinhalb Jahrtausende vor (Becksche Reihe 1254, dort auch alle Quellenangaben zu Zitaten). Die Essays entstanden als Serie für die „Frankfurter Rundschau“ und sollten deshalb kurz und zugleich allgemein verständlich sein. Diesen Anforderungen ist der Autor gerecht geworden. Der folgende Überblick über den Inhalt soll nicht die gute kurze Darstellungen weiter verkürzen, sondern lediglich zeigen, worum es bei den einzelnen Kunsttheorien geht.

Martin Heidegger

Martin Heidegger (1889–1976) versucht in den 1936 gehaltenen Vorträgen „Der Ursprung des Kunstwerks“ zu klären, was die eigentümliche, zeitlos gedachte Seinsweise von Kunstwerken ausmacht. Zunächst überprüft er, ob die allgemeine Aussage richtig ist, ein Kunstwerk sei ein Ding, und untersucht dazu, was denn ein Ding eigentlich ist, was das Dinghafte an den Dingen ausmacht. Bereits im Alltagsverständnis unterscheiden wir zwischen dinghaften und nicht dinghaften Sein, da wir einen unbehaunten Granitblock als Ding bezeichnen, einen Menschen aber nicht. Mit traditionellen philosophischen Definitionen – wie etwa der Bestimmung eines Dinges als Einheit von Stoff und Form – kann dieser Unterschied nicht erklärt werden. Heidegger weist zudem darauf hin, dass diese Definition aus einem begrenzten Seinsbereich stammt, die zu Unrecht auf die gesamte Wirklichkeit angewendet wird. Denn von einer Einheit von Form und Stoff kann nur die Rede sein, wenn etwas für einen bestimmten Zweck hergestellt wurde, da erst der Zweck Form und Stoff zu einer Einheit zusammenfügt. Etwas Hergestelltes ist aber nach Heidegger gerade kein Ding, sondern Zeug, das in seinem Sein durch den Grundzug der Dienlichkeit bestimmt wird. Dieser Zug fehlt bloßen Dingen, die weder für etwas da noch gemacht sind. Man muss sich aller Vorbegriffe enthalten, um das „Eigenwüchsige“ und „Insichruhende“ an ihnen, ihr „selbstgenügsames“ und „unverstelltes Anwesen“ zu erfahren. Anders als die Dinghaftigkeit zeigt sich die Zeughaftigkeit des Zeugs im Gebrauch: Erst wenn ich mit dem Zeug das tue, wozu es gemacht ist, ist es wahrhaft das, was es ist. Dass ihm seine Zeughaftigkeit angesehen werden kann, illustriert Heidegger anhand eines Gemäldes von van Gogh, auf dem ein Paar alte Bauernschuhe abgebildet sind: „Aus der dunklen Öffnung des ausgetretenen Inwendigen starrt die Mühsal der Arbeitsschritte. In der derbgelegenen Schwere des Schuhzeugs ist aufgestaut die Zä-

Was ist Kunst?

higkeit des langsamen Ganges ... Auf dem Leder liegt die Feuchte und Sätte des Bodens. Unter den Sohlen schiebt sich hin die Einsamkeit des Feldweges ... In dem Schuhzeug schwingt der verschwiegene Zuruf der Erde, ihr stilles Verschenken des reifenden Kornes ...“ Diese Vielzahl von Bezügen zeigt aber nicht das Zeug selber auf: „Das Kunstwerk gab zu wissen, was das Schuhzeug in Wahrheit ist.“ Ebenso gibt es zu wissen, was das Ding in Wahrheit ist. Erst durch das Werk tritt beides „in die Unverborgenheit des Seins heraus“. Was das Werk im Kleinen mit den Schuhen vollbringt, vermag es auch im Großen (so etwa in der griechischen Tragödie), indem es eine Welt errichtet. Dazu versammelt und fügt es in sich „die Einheit jener Bahnen und Bezüge“, „in denen Geburt und Tod, Unheil und Segen, Sieg und Schmach, Ausharren und Verfall die Gestalt und den Lauf des Menschenwesens in seinem Geschick gewinnen.“ Das Werk gewährt dem Menschen die Aussicht auf sich selbst, ohne aber abbildend zu sein. Vielmehr ist nach Heidegger z.B. im Tempel oder im Bildwerk eines Gottes der Gott selbst anwesend. Kein Wunder deshalb, dass das Schaffen des Werks eine Art des Hervorgehenlassens und der Künstler dabei nur das Medium dieses Ereignisses ist. Ein Werk hat außerdem die Eigenschaft, die Erde zu lichten. Unter Erde versteht Heidegger das, „worauf und worin der Mensch sein



Vincent van Gogh, Schuhe, 1886 – Martin Heidegger illustriert hieran seine Kunstauffassung.

Wohnen gründet“. Wird die Erde gelichtet, tritt der Stoff, der im Zeugsein des Zeugs verschwindet, als das was er ist hervor, so etwa das Massige und Schwere des Steins, das Feste und Biegsame des Holzes. Dabei handelt es sich um das, was an der Erde unerschließbar ist, da das messbare Gewicht eines Ziegelsteins niemals dessen Schwere erfasst, sowenig wie die Schwingungszahl des Lichts die Farbe. So streitet im Werk die Öffnung der Welt mit der Verslossenheit der Erde. Das scheinbar Vertraute wird in seiner Unvertrautheit offenbar: „Das Geheure



Theodor Adorno setzte sich kritisch mit der industriellen Fertigung von Kultur auseinander.

ist im Grunde nicht geheuer; es ist ungeheuer.“ Jedes echte Kunstwerk ist wie ein Stoß des Dass ins Offene, Ungeheure. Der Kunstbetrieb fängt diesen Stoß freilich ab, da das ausgestellte, kunstgeschichtlich sortierte Werk aus seinen konkreten Bezügen herausgerissen ist und so keine Welt mehr errichten, keine Erde mehr lichten kann. Ein Verlust der Aura von Kunstwerken, wie ihn Walter Benjamin festgestellt und begrüßt hat, wäre für Heidegger das Ende der Kunst: Wenn „das ekstatische Sicheinlassen des existierenden Menschen in die Unverborgenheit des Seins“ der Vergangenheit angehört, gibt es auch keine Kunstwerke mehr.

Theodor W. Adorno

Die „Ästhetische Theorie“ von Theodor W. Adorno (1903–1969), die bereits in den fünfziger Jahren begonnen, aber erst ein Jahr nach seinem Tod als umfangreiches Fragment herausgegeben wurde, steht ganz im Zeichen von Auschwitz. Die Welt ist so entsetzlich geworden, dass ihr eigentlich nur noch ein völliges Verstummen der Kunst angemessen wäre. Da

aber Kunst andererseits das Bewusstsein darüber wachhalten kann, wie schlimm das Leben in einer Welt voll grauenhafter Katastrophen ist, und an das ausstehende Glück erinnert, das immerhin noch sein könnte, würde zusammen mit der Kunst jeder Widerstand gegen das Bestehende und jede Hoffnung auf eine andere, bessere Realität untergehen. Kunst muss deshalb Statthalter des unbeschädigten Lebens sein, ohne dies aber positiv zeigen zu dürfen, da sie sonst, anstatt die Empörung gegen das Bestehende zu bewahren, über die „Armseligkeit eines

Lebens, das immer zu wenig ist“, hinwegtrösten würde. Sie muss statt dessen das, was ist, so zeigen, dass dessen Falschheit erkennbar wird, und damit zugleich das sichtbar machen, was sein könnte, aber nicht ist. Darum ist alle echte Kunst traurig, „das Versprechen des Glücks, das gebrochen wird“. Die Gesellschaft strebt aber mit Macht und Geschick danach, sich die Kunst einzuverleiben, ihr selbst dort, wo sie sich kritisch oder irrational gibt, einen Platz im gut funktionierenden System zuzuweisen und damit ihre mögliche Sprengkraft wirksam zu neutralisieren. Um dem ungeheuren Identitätszwang in der verwalteten Welt zu widerstehen, muss sich moderne Kunst immer wieder neu gegen die Realität abgrenzen, rigoros die Kommunikation verweigern und die Zumutung des Verstandenwerdens abweisen. In einer Welt, aus der die Farbe verschwunden ist, kann Kunst nur finster und schwarz sein. Kunst muss hässlich sein, um die pervertierte Welt zu denunzieren, zu Ehren der vergewaltigten Schönheit. Kunst muss grausam sein, muss Chaos in die Ordnung bringen, um zu zeigen, wie chaotisch die Ordnung in Wahrheit ist. Kunst muss wehtun und die Unwahrheit des gesellschaftlichen Zustands ans Licht zerren. Geradezu ein Gradmesser für den Wert eines Kunstwerks ist die Wut, die ihm entgegenschlägt. Moderne Kunst macht Sinnlosigkeit zum Formprinzip und wird so zum authentischen Spiegel einer sinnlosen Welt. Jedes Kunstwerk fragt, wie im Bann universaler Identität ein Nichtidentisches, unter der Herrschaft des gleichmacherischen Allgemeinen ein Besonderes möglich sei und wird so zum einzig noch möglichen Rückzugsort des Humanen in einer inhumanen Zeit. „Kunstwerke sind die Statthalter der nicht länger vom Tausch verunstalteten Dinge, des nicht durch den Profit und das falsche Bedürfnis der entwürdigten Menschheit

Zugerichteten.“ Die allgegenwärtige Kulturindustrie ist aber imstande, noch das widerständigste Werk zu kommerzialisieren, zu verdinglichen und zum Bildungsgut umzumünzen, das wir unbeachtet genießen können. Sobald aber Kunst genossen wird, ist es auch schon um sie geschehen. Statt anzufangen zu denken, werden wir dazu ermutigt, uns unterhalten zu lassen und so unsere Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen Zuständen zu vergessen. Darum befindet sich die Kunst in einem ununterbrochenen Abwehrkampf gegen die Gesellschaft und ist gezwungen sich ständig zu erneuern, um sich zu bewahren. Kunst war schon immer, zu jeder Zeit, unverständlich. Nur die Gewohnheit täuscht uns darüber hinweg, dass dies auch für große Kunst der Vergangenheit gilt. Was restlos verstanden werden kann, ist keine Kunst, da diese immer fremd zur Welt ist. Weil Kunst aber rätselhaft ist, bedarf sie der deutenden Vernunft, der Interpretation und dazu auch Wissen und kritische Reflexion. Wer in einer Beethoven-Symphonie nicht das Echo der französischen Revolution mithört, dem entgeht sie. Jedes begreifende Verstehen stößt aber an eine unaufhebbare Grenze, auf einen Bereich des Unanrührbaren, ein nichts mehr Sagendes, ein letztes Schweigen, in das die flüchtige Schönheit, die Sehnsucht nach Versöhnung, sich zurückgezogen hat.

Nelson Goodman

Der amerikanische Philosoph Nelson Goodman (1906–1998) untersucht, welche Rolle Kunst bei der Erkenntnis der Welt spielt. Für ihn gibt es nicht die eine bestehende Welt – diese wird vielmehr erschaffen durch die Art, wie wir uns ihr zuwenden, sie anschauen, definieren und beschreiben. Nachdem es zahllose Beschreibungsmöglichkeiten von Welt gibt, können ebenso viele gleichermaßen wirkliche Welten geschaffen werden. Kunst ist für Goodman ein besonders vielseitiges Mittel, um Welt zu erzeugen. Da ein Kunstwerk nicht einfach nur da ist, sondern sich auf etwas bezieht, handelt es sich dabei um ein komplexes Symbol. Dies ist auf verschiedene Weisen möglich. Eine in der Kunst sehr häufige Art der Symbolisierung oder Bezugnahme ist die Repräsentation (Darstellung). Dabei handelt es sich nicht um die Abbildung von Gegenständen. Durch die Art, wie Kunstwerke Gegenstände repräsentieren, werden diese vielmehr als etwas charakterisiert und damit bislang unbemerkte Beziehungen herausgestellt. Auch Kunstwerke, die zu abstrakt sind, um etwas zu repräsentieren, können ein Symbol sein. So kann ein graues Bild die

Farbe Grau exemplifizieren, d.h. ein Beispiel für Graueit sein. Bei Gefühlen und anderen Eigenschaften, die sich nicht unmittelbar exemplifizieren lassen, kommt als dritte Art symbolischer Bezugnahme der Ausdruck hinzu. Um die mannigfaltigen Beziehungen zu entdecken, die ein Kunstwerk mittels Repräsentation, Exemplifikation und Ausdruck herstellt, muss Kunst gelesen und mitunter mühsam entziffert werden. Der Zweck der Kunst (wie auch anderer Symbolsysteme) ist die Erkenntnis um ihrer selbst willen, im Sinne eines zunehmenden Verstehens, das niemals abgeschlossen sein wird, weil es keinen Zielpunkt gibt, dem es sich annähern könnte: „Das Erkennen von Strukturen besteht in hohem Maß darin, sie zu erfinden und aufzuprägen. Begreifen und Schöpfen gehen Hand in Hand.“ Die Bedeutung eines Kunstwerks bemisst sich daran, wieviel es zum „Erfassen, Erkunden und Durchdringen der Welt“ beiträgt. Kunst und Wissenschaft sind verschiedene Weisen der Welterzeugung, aber nicht eindeutig voneinander abzugrenzen. Allenfalls Symptome des Ästhetischen lassen sich aufzeigen: Durch minimale Differenzen entsteht bereits ein neues Symbol; auch die feinsten Unterschiede von Dingen, Eigenschaften und Emotionen können durch ein Symbol erfasst werden; jede Einzelheit des Symbols ist bedeutsam; ein Kunstwerk sagt nicht nur etwas, sondern zeigt auch was es sagt. Kunst bringt die vertraute Welt ins Wanken und eröffnet neue Perspektiven. So kann selbst der verbogene Auto-Kotflügel in einer Galerie zu einem Kunstobjekt werden, wenn und solange es ihm gelingt, dem Bekannten neue Einsichten abzugewinnen und so eine neue Welt zu erzeugen. Das bedeutet aber auch umgekehrt, dass etwas, was dazu nicht (mehr) imstande ist, auch keine Kunst ist

– als Duchamp ein Pissoir ausstellte, konnte es dem Publikum etwas Neues zeigen, was ein heute ausgestelltes Pissoir so nicht mehr fertig bringen würde.

Jean-François Lyotard

Gegenwart – der ausdehnungslose Umschlagpunkt, in dem Zukunft zur Vergangenheit wird – ist im Grunde etwas Unbegreifliches. Wie kann etwas gegenwärtig sein, wenn es doch zwischen dem Noch-nicht und dem Nicht-mehr keinen Zeitraum gibt, in dem sich etwas ereignen könnte? Für den Verstand, der immer nur bestimmtes Sein, das Was der Dinge erfasst, ist dies weder begreiflich noch kontrollierbar. Das Problem der Zeit und das Problem des Seins sind in den Augen des französischen Philosophen Jean-François Lyotard (1924–1998) miteinander identisch. In seinen Augen ist es ungeheuerlich, dass es tatsächlich so etwas gibt wie Gegenwart, ein Jetzt, etwas, dass sich wahrhaftig in diesem Augenblick ereignet. Die eigentliche Aufgabe der Kunst ist es, das Unbegreifliche fühlbar zu machen. Ihr kommt es zu, das Bewusstsein buchstäblich außer Fassung zu bringen, indem sie es plötzlich mit dem nackten, jeder Bestimmung vorausgehenden Sein konfrontiert. Die Ungeheuerlichkeit des bloßen Ereignisses wird spürbar durch die niemals ganz auszuschließende Möglichkeit des Überrascht-Werdens, wenn z.B. ein Bild ganz anders weitergemalt wird, als nach den bisherigen Pinselstrichen eigentlich zu erwarten ist. In seiner ganzen Wucht wird das Ereignis aber erst erfahrbar, wenn eine viel grundsätzlichere Erwartung in Frage gestellt, nämlich dass es überhaupt irgendwie weitergehen müsse. Es gilt der Möglichkeit gewahr zu werden, dass alles mit einem Mal zuende sein könnte, „dass nichts geschieht, dass es nicht weitergeht, dass die Wörter, die

Farben, die Formen oder die Töne fehlen, dass der Satz der letzte sein wird“. Angesichts der Möglichkeit des Nichtseins gerät die Bewegung der Zeit ins Stocken, verliert ihre Selbstverständlichkeit. In Anlehnung an den amerikanischen Maler Barnett Newman weist Lyotard der Kunst die Bestimmung zu, vom Unausdrückbaren zu künden. „Die Farbe, das Bild ist als Vor-kommnis, als Ereignis nicht ausdrückbar, und davon hat sie Zeugnis abzulegen“, so wie es exemplarisch Newman in seinen Werken tut. Aus der Nähe betrachtet sind sie schon durch ihre schiere Größe un-



Im Februar 1917 veranstaltete die Society of Independent Artists in New York eine Ausstellung. Das Mitglied Marcel Duchamp brachte eine sogenannte „readymade“ (bei Kleidung hat readymade den Sinn „von der Stange“) Skulptur, ein Urinal, und versah es mit dem Titel „Fountain“ (Brunnen). Duchamp signierte mit dem erfundenen Namen R. Mutt. Die Ausstellungsmacher (in Unkenntnis des wahren „Autors“) lehnten das Werk ab, Duchamps verteidigte es: Wichtig sei nicht, ob R. Mutt das Stück selbst gefertigt habe, sondern dass er es auswählte. Das „Original“ verschwand dann; unser Bild zeigt ein von Duchamp angefertigtes Foto.



Barnett Newman, Onement II, 1949

überschaubar, der Betrachter kann die Elemente nicht zu einer einheitlichen Komposition zusammenfügen und ist so außerstande, sich zu orientieren. Jede Interpretation erübrigt sich hier: Zweck des Werks ist es nur, da zu sein und dieses Dasein auch zu zeigen, im sprachlosen Ah! der Verblüffung. Der Minimalismus ist das hervorstechendste Kennzeichen der modernen Kunst. Durch ihn wird deutlich, dass weder Bildrahmen noch Farbe noch Gegenstand noch ein fester Ort für die ästhetische Wirkung in irgendeiner Weise notwendig sind. Nichts ist elementar, außer der Blöße des Ereignisses selbst, dem sinnlichen Jetzt, das mit dem Zerfall der großen repräsentativen Malerei hervorbricht. Kunst darf nicht vollkommen sein, sondern muss schockieren. Sie spricht von der schrecklichen Möglichkeit der Beraubung des Lichts, des Nächsten, der Sprache, der Gegenstände, des Lebens; der Schrecken der Finsternis, der Einsamkeit, des Schweigens, der Leere, des Todes. Lust entsteht aus der Erleichterung, dass die Drohung – für diesmal – nicht wahr wurde. Das Gefühls- und Begriffsvermögen wird intensiviert, die Seele gleichsam dem Leben zurückgegeben. Diese Steigerung des eigenen Lebensgefühls hat nichts mit dem Reiz des Neuen zu tun. Das Neue, die Innovation, die der Markt uns ständig anbietet, ist nur der gut verkäufliche Ersatz für fehlende Ereignisse. Die ununterbrochene Kette von Innovationen schafft darüber hinaus eine Kontinuität, die glauben macht, dass es immer weitergeht. Das Ereignis aber reißt den Betrachter aus dem Fluss der Zeit heraus, hinein in das Jetzt, das Sein des Augenblicks.

Arthur C. Danto

Für den amerikanischen Philosophen Arthur C. Danto (geb. 1924) war die Ausstellung Andy Warhols 1964 in der New Yorker Stable Gallery ein Schlüsselerlebnis. Die dort ausgestellten bedruckten Holzkisten sahen aus wie Kartons mit Topfreinigern der Marke Brillo, die man in jedem Supermarkt kaufen konnte. Von zwei Gegenständen, die genau gleich

aussahen, konnte somit der eine ein Kunstwerk sein (eine Brillo Box von Warhol) und der andere keines (ein Karton der Firma Brillo). Warhol

führte fort, was fünfzig Jahre vorher mit den Ready-Mades von Marcel Duchamp begonnen hatte, der Alltagsgegenstände (z.B. einen Flaschentrockner oder ein Urinal) zur Kunst erklärt und so die Augen für deren eigentümliche Schönheit geöffnet hatte. Warhols Brillo Boxes aber waren nicht schöner als irgend etwas anderes – somit konnte plötzlich schlechthin alles Kunst sein. Nach Danto folgt daraus nicht, dass tatsächlich alles Kunst ist; denn Kunst ist immer über etwas, während gewöhnliche Dinge niemals über etwas sind. Warhols Brillo Boxes sind über die Welt, in der wir leben, über uns selbst und unsere Wahrnehmung dieser Welt, während die Topfreiniger-Kartons im Supermarkt über nichts sind. Da aber beide gleich aussehen, kann man nicht sehen, welcher der Boxes ein Kunstwerk ist. Man muss statt dessen um den Bezug wissen, in den ein Gegenstand vom Künstler hineingestellt wurde, um ihn als Kunstwerk identifizieren zu können. Nach Danto wird ein Ding erst durch die Möglichkeit seiner Interpretation zur Kunst. Lässt es keine Interpretation zu oder bedarf es ihrer nicht, kann es sich nicht um Kunst han-

deln. Eine große Bedeutung hat daher der Titel eines Werkes, da er ein Wegweiser für die Interpretation ist. Dies gilt sogar, wenn Künstler ihren Werken den Titel verweigern, da dies immer zu einem bestimmten Zeitpunkt in einer bestimmten kulturellen Situation geschieht, wodurch die Bezeichnung „Ohne Titel“ einen Sinn im ästhetischen Diskurs erhalten kann, der zum Verständnis des Werkes beiträgt. „Etwas überhaupt als Kunst zu sehen, verlangt nichts weniger als das: eine Atmosphäre der Kunsttheorie, eine Kenntnis der Kunstgeschichte. Kunst ist eine Sache, deren Existenz von Theorien abhängig ist.“ Ob ein Gegenstand ein Kunstwerk ist oder nicht, hängt nicht von seiner materiellen Beschaffenheit ab, sondern von seiner Aussagefähigkeit. Die Reißnägeln an meiner Wand mögen nützlich sein, sogar schön, aber sie sind nicht dort, um etwas zu bedeuten, und so bedeuten sie auch nichts. Dennoch mag „ein Werk, dessen materielles Gegenstück aus drei Reißnägeln besteht, (...) Abgründe von Bedeutungen haben, auf die ein kosmisch-religiöses Schaudern die angemessene ästhetische Reaktion sein könnte.“ Auf diese Weise geht Kunst in Philosophie über, lässt sich aber gleichwohl nicht durch sie ersetzen. Die begriffliche Interpretation ist zwar notwendig, um ein Kunstwerk überhaupt als solches verstehen zu können, sie kann aber nicht an seine Stelle treten, weil das Werk die Struktur einer Metapher hat. Die Beschreibung einer Metapher hat nicht einmal annähernd dieselbe Kraft wie die Metapher selbst, „ebenso wie die Beschreibung eines Angstschreies nicht dieselben Reaktionen auslöst wie der Angstschrei selbst.“ Um ein Werk zu verstehen, muss man die Metapher verstehen, auf der es beruht, also nicht nur die Bedeutung, sondern auch die Gründe, warum sie gerade auf diese und keine andere Weise zu verkörpern war.



Andy Warhol, Brillo Box. Kunst oder Karton für Topfreiniger? Der Bezug ist wichtig.

Karlheinz Deschner ausgezeichnet

Der in Hassfurt wohnhafte 77-jährige, kirchenkritische Historiker Karlheinz Deschner, u.a. Autor der Bände „Kriminalgeschichte des Christentums“, wurde vom Internationalen Bund der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA) mit dem Erwin-Fischer-Preis ausgezeichnet.

Erwin Fischer hatte als Anwalt Prozesse für die Trennung von Kirche und Staat durchgefochten und mit seinen Schriften zum Religionsverfassungsrecht das System kirchlicher Privilegierung auf juristischer Ebene grundsätzlich in Frage gestellt. Karlheinz Deschner erhielt vom IBKA den Preis, „weil er mit seinen Büchern und Vorträgen Außerordentliches auf dem Gebiet der Aufklärung über ‚Wesen, Funktion, Strukturen und Herrschaftsansprüche von Religionen‘ geleistet habe. Beharrlich habe Deschner die absichtsvoll verschwiegene dunkle Seite des christlichen Abendlandes ans Tageslicht befördert. Vielen Menschen seien durch seine Recherchen die Augen dafür geöffnet worden, dass es sich bei den Verbrechen des Christentums nicht um Betriebsunfälle, sondern um ein strukturelles Problem handelt.“ Wir dokumentieren hier aus Deschners Vortrag anlässlich der Preisverleihung. (cls)

Dankesrede anlässlich der Verleihung des Erwin-Fischer-Preises

Von Karlheinz Deschner

Sehr geehrte Gäste, liebe Mitglieder des Internationalen Bundes der Konfessionslosen und Atheisten, meine Damen und Herren!

Manche führen Krieg um Krieg, führen hundert Kriege, kleine, große in einem Jahrhundert und so selbstverständlich, wie sie die Menschenwürde im Mund und die Menschen an der Nase herumführen.

Manche haben ihr ganzes Land durch Betrug, durch Gewaltverbrechen, durch eine scheußliche Schandtat nach der anderen zusammengeraubt, haben es von den Ureinwohnern demozidal und genozidal so gut wie „gesäubert“, haben die rechtmäßigen Besitzer verseucht, ausgerottet – Mindestschätzung sieben Millionen, Höchstschatzung dreißig Millionen Opfer.

Manche warfen Atombomben und spielen seither internationale Schutzpolizei, weltweite Ordnungsmacht, nichts so sehr schützend wie Sicherheit und Freiheit: die Sicherheit ihres Geldes, die Freiheit ihres Größenwahns, ihrer schon bis an die Sterne vorstoßenden Gier ohne Grenzen.

Manche insistieren, so scheint es, immer süffisanter auf ihren Status als Rechtsstaat und brechen dann das Recht, ihr eigenes Recht, brechen es in einem einzigen Augenblick, nationales, internationales Recht, brechen den NATO-Vertrag, die Genfer Abkommen, das Grund-

gesetz für die Bundesrepublik Deutschland, den Zwei-plus-Vier-Vertrag, das Deutsche Soldatengesetz, das Völkerrecht, die UNO-Charta. All dies zerreißen sie in einem Moment wie einen Fetzen Papier, sich danach auch noch zynisch justifyierend durch die Andeutung, halt mal weniger de lege lata als de lege ferende, weniger vom bereits geschaffenen als vom erst noch zu schaffenden Recht ausgegangen zu sein.

Und war das der „politische Stil“, die „politische Kultur“ nicht seit je? Hat man es mit Verträgen, Staatsverträgen zumal, nicht meist so gemacht? Sie wurden geschlossen bei Bedarf. Und sie wurden gebrochen bei Bedarf. Denn dass sie sich nicht wiederhole, ist einer der blödsinnigsten, ruchlosesten Sätze über sie. Natürlich: Geschichte ist keine repititio im Individuellen, in den Personen, ihrem einmaligen Ablauf. In allem für die Völker Grundlegenden freilich, Entscheidenden, ihr Schicksal Bestimmenden wiederholt sich die Geschichte unaufhörlich. Und ein weiterer, allerdings ganz neuer, doch gleich gebetsmühlenhaft nachgeplappelter Satz ist ebenso dummverlogen und voller krimineller Hintergedanken, liegt inhaltlich auch genau auf derselben Linie, der Satz: „Ab heute ist alles anders“. Ab heute – man wünschte ja, meine Damen und Herren, es wäre so! Aber ab heute ist nichts anders. Ab heute ist alles, im Wesentlichen, so wie gestern und wie es morgen sein wird und wie es vorgestern war und vorgestern.

Und wie war es?

Es gab immer – das Gewisseste, was wir aus der Geschichte wissen (neben der bekannten Erkenntnis, dass wir aus ihr nichts gelernt haben, wiewohl buchstäblich ungeheuer viel hätten lernen können, hätte man es zugelassen) –: Es gab immer, soweit wir zurückschauen, einigermaßen klar zurückschauen können, Führer und Angeführte. Es gab immer eine winzige Schicht Herrschender und eine riesige Schicht Beherrschter, Verdummter, erbarmungslos Ausgebeuteter, brutal Hingeschlachteter – unter welchem ideologischen Vorzeichen man ihnen auch jeweils das Fell über die Ohren zog.

Das Einzige aber, was sich wirklich ändert – damit wir auch den Fortschritt der Geschichte in den Blick bekommen – ist nicht irgendein Element der Qualität, sondern die kontinuierlich wachsende Zahl der Opfer. (...) (aus MIZ)

„Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden“

Linke Intellektuelle zur PDS-Programmdebatte

Das vorliegende Buch ist etwas anderes als ein Konferenzprotokoll, wo in der Regel vor der Konferenz bereits verfasste Beiträge abgedruckt werden. Der Lesende steigt in ein lebendiges Gespräch ein. Den Anlass für die Einberufung der Ge-

sprächsrunde bildete die PDS-Programmdebatte. Eingeladen hatte das Berliner Institut für Kritische Theorie (InkriT). Die Teilnehmer, durchweg nicht Mitglieder der PDS, wollten mit ihren Gesprächen der PDS-Programmdebatte einige Impulse verleihen sowie mit dem vorgelegten Buch in den Bundestagswahlkampf eingreifen.

In lockerer Folge, zwischen 2000 und 2002, trafen sich einige linke Intellektuelle aus West- und Ostdeutschland, um – nach dem Scheitern des Staatssozialismus und angesichts der Umwälzung aller gesellschaftlichen Lebenssphären im neoliberalen und globalisierten Zeitalter – das Gespräch über die Perspektive sozialistischer Gesellschaftsentwürfe und das Subjekt einer sozialistischen Alternative zu führen.

In den vergangenen zwölf Jahren hatte sich herausgestellt, dass die PDS nicht, wie manche angenommen hatten, eine kurzlebige Übergangserscheinung war. Die Sozialdemokratie zielte auf eine „neue Mitte“ und räumte linke Positionen, ein Vakuum zurücklassend, das die PDS allmählich auszufüllen begann. Ist hier eine gesamtdeutsche linkssozialistische Partei im Entstehen?

Voraussetzung dafür war und ist eine glaubwürdige historisch-kritische Auseinandersetzung mit kommunistischer Politik im 20. Jahrhundert und ein Sich-messen an den veränderten Bedingungen des sich in Krisen und Kriegen global reorganisierenden Kapitalismus. Neu zu bestimmen war und ist die Spannweite zwischen konkreter Politikfähigkeit und der Vision einer Gesellschaft, in der „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die Entwicklung aller“ wäre, wie es bei Marx heißt (MEW 4, S. 482). Auszuhalten ist die konfliktgeladene Spannung zwischen parlamentarischer Opposition und Regierungsbeteiligung mit ihren realpolitischen Zwängen und Fallen auf der einen Seite und einer sich aus einem konsequenten Antikapitalismus speisenden Systemopposition auf der anderen. Hinzu kommt, dass Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit einer sozialistischen Partei von der Einbindung in soziale Bewegungen und außerparlamentarische Opposition unmittelbar abhängen.

Das heißt, die PDS muss in ihrer Programmdebatte die Zirkel ihrer Partei verlassen. Viele sind enttäuscht von der rot-grünen Regierung, „viele seien genauso enttäuscht von den sektiererischen Debatten innerhalb der PDS, und das Ergebnis sei, dass Zehntausende Linke sich in Deutschland unbehaust fühlen und zur politischen Passivität neigen. Um dem entgegenzuwirken sollte eine Programmdiskussion auch Menschen ansprechen, die sich nicht mit einer bestimmten Partei oder überhaupt der Parteiform identifizieren.“ (S. 34)

Nur so ist die Kritik und der Zufluss von Ideen, der externe Rat gesichert. Natürlich kann eine externe Politikbera-

tung nicht konkrete Politiken einer Partei entwerfen. Sie kann aber „die epochalen Veränderungen und neuen Bedingungen“ ... „benennen, auf die ein Parteiprogramm zu Beginn des 21. Jahrhunderts antworten muss. Sie kann Kriterien vorschlagen und die Vor- und Nachteile bestimmter Herangehensweisen erörtern. Sie wird also einen stark methodologischen Akzent tragen und sich zugleich um Verständigung über die Determinanten der Gegenwart und die aus den Katastrophen des 20. Jahrhunderts überkommenen Erfahrungen bemühen. Sie wird abzuschätzen versuchen, welche Zerreißproben auf die Gesellschaft und auch auf die Linke selbst zukommen. Sie wird die progressiv-widerständigen Bewegungen der Gegenwart unter dem Gesichtspunkt mustern, zu welchen beispielhaften Protest-, Bewegungs- und Gegenöffentlichkeitsformen hin eine erneuerte sozialistische Programmatik anchlussfähig sein muss und welches ihre Akteure sein können.“ (S. 17 f.)

In der ersten Unterhaltung geht es zunächst um „Fragen der Methodik“ danach wendet sie sich dem „Moderne Komplex“ zu. Dabei klingt die „Methode programmatischer Formulierung“ ziemlich trivial: „eine möglichst präzise Beschreibung dieser kapitalistischen modernen Gesellschaft und ihrer Entwicklung zu geben; die Elemente, gegen die gegenwärtig der Kampf geführt wird, mit Anknüpfung an konkrete Interessen und Ergebnisse, die die Leute kennen, in den Mittelpunkt zu stellen und daraus Schritte, Bündnisse, auch einen Integrationsrahmen abzuleiten.“ (S. 55) Was die „Moderne“ betrifft, dieser Begriff taugt nicht, den Kapitalismusbegriff zu ersetzen. Er kann aber „in einem demokratisch-sozialistischen Diskurs einer der Begriffe sein, mit dem man die auf bürgerlichem Boden erkämpften zivilisatorischen Errungenschaften der Demokratie und Zivilgesellschaft gegen ihre neoliberale Zerstörung einklagt.“ (S. 78 f.)

Die zweite Unterhaltung verweist auf „Konfliktlinien“; die „organische Zusammensetzung“ des Gesamtarbeiters hat sich mehrfach verschoben: in seiner Verteilung auf dem Erdball; in der Positionierung der beiden Geschlechter zueinander; in der „Ethnisierung“ von Klassenspaltungen; nicht zuletzt im Verhältnis von „körperlicher“ zu „geistiger“ Arbeit. In den kapitalistischen Zentren dringen „wissensbasierte Arbeitsformen“ und „Dienstleistungen“ vor – zugleich breiten sich Niedriglohnverhältnisse und Massenarbeitslosigkeit aus.

Unterdessen vollzieht sich in den „Schwellenländern“ eine Proletarisierung, oft unter Bedingungen eines „wildem Kapitalismus“. Die Suche nach Subjekten notwendiger Veränderung gestaltet sich dementsprechend schwierig. Ihre Heterogenität war schon vor der Lektüre klar, worin das Verbindende besteht, ist danach nicht wesentlich erhellt.

Die dritte und das Buch abschließen

de Unterhaltung findet nach dem 11. September statt und wird von dem Ereignis geprägt. In der Hauptsache ging es dann um „weltpolitische Perspektiven“, deren Botschaft an Linke darin gesehen wird, dass es künftig keine Avantgarde und kein exklusives Paradigma im Kampf gegen den internationalen Kapitalismus mehr geben wird. Gefragt sind „die Fähigkeit zu einem Denken in Widersprüchen, die Vermittlung von Standpunkt und Perspektive und die Bereitschaft zu einheitlichen Aktionen.“ (S. 240) Vielleicht liegt hier die spezifische Kompetenz einer ansonsten sehr heterogenen Linken.

„Wir sind welthistorisch Ernüchterte. Unsere Hände sind leer, was eine realisierbare und mehrheitsfähige Systemalternative angeht. Eher rufen wir all diejenigen zu gemeinsamem Handeln, die wie wir mit Walter Benjamin einsehen: ‚Dass es so weitergeht, ist die Katastrophe‘.“

Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden. Herausgegeben von Wolfgang Fritz Haug und Frigga Haug unter Mitwirkung von Erhard Crome, Frank Deppe, Jutta Held, Wolfgang Küttler, Susanne Lettow, Peter von Oertzen, Lothar Peter, Jan Rehmann, Thomas Sablowski, Christoph Spehr, Jochen Steinhilber, Christoph Türcke und Frieder Otto Wolf.

Ein Kooperationsprojekt: Argument, BdWi, Berliner Debatte, Buch Weiss, Karl Dietz, Globus, PapyRossa, Pahl-Rugenstein Nf, spw, VSA, Weiss, Widerspruch, YetiPress. 258 S., 8 Euro, ISBN 3894383003

(-gg-, Elmschörner Gegensätze)

Nicht einfach noch ein Buch über den Krieg in Jugoslawien

Von Franz-Karl Hitzte

Fast achthundert Bücher sollen im vergangenen Jahrzehnt den vier Kriegen in Jugoslawien gewidmet worden sein. Weltweit. Die Erlebnisse eines Fremden – keines Publizisten oder Journalisten – in diesem geschundenen Land hat Kurt Köpruner niedergeschrieben. Eindrücke und Informationen aus Hunderten von Interviews mit Freunden, Geschäftsleuten, Trampnern, Publizisten, Journalisten. Der Österreicher hat in den letzten zehn Jahren Jugoslawien, bzw. was davon übrig geblieben ist, als Geschäftsmann und Exporteur von Maschinenbauteilen mehrfach bereist. Dabei wurde er unfreiwillig Zeuge bürgerkriegsähnlicher Auseinandersetzungen sowohl in Kroatien als auch in Bosnien und dem Kosovo. Er beobachtete die Menschen, er sprach mit ihnen und zwar ohne Tonbandgerät und Notizblock. Dabei sparte er ganz bewusst

die Politik nicht aus und fragte die Leute direkt, was sie erlebt hatten und was sie von Milosevic, Tudjman oder der NATO hielten. Die Antworten waren meist ehrlich und unterschiedlich. Peter Glotz schreibt im Vorwort zu dem Buch, dass dadurch für den Leser „ein höchst instruktives Bild entsteht, das er der Lektüre der meisten Zeitungen nie entnehmen könnte“.

Und darin ist gerade das Faszinierende an diesem Buch zu finden. Zugleich wird der Leser herausfinden, wie oft er von der bürgerlichen Medienwelt belogen und desinformiert wurde.

Köpruner war zugegen, als in Zadar schon 1990 von antiserbischen Kräften gezielt serbische Geschäfte geplündert und Häuser von Serben nachts gesprengt wurden. Er wurde Zeuge der zügigen Entstehung nationalistischen Hasses. Er selbst wurde fast Opfer solcher Anschläge. Weil sein vor seiner Unterkunft stehender Leihwagen (Avis Rent-a-Car) ein Belgrader Kennzeichen trug, also ein serbisches Fahrzeug zu sein schien, wurde er eines Nachts in Zadar (Kroatien) von nationalistischen Banden schwer demoliert. Ebenso das Avis-Büro in Zadar. (Avis ist ein serbisches Unternehmen).

Der Fremde mit dem österreichischen Pass hörte von der dalmatinischen „Kristallnacht“, der viele Serben zum Opfer fielen. Diese Aktion kroatischer Faschisten fand in der deutschen Presse keine gebührende Erwähnung. Das war im Mai 1991 – noch vor Beginn des Krieges.

Köpruner stellt nüchtern fest, dass die ersten Schüsse im – zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht ausgebrochenen – bosnischen Krieg aus muslimischen Gewehrläufen kamen. Er erinnert gleichzeitig daran, dass am 1. März 1992 während einer serbischen Hochzeit in der Altstadt von Sarajevo der Vater des Bräutigams erschossen und der orthodoxe Priester verletzt wurde. Der muslimische Todeschütze sei für seine Tat geehrt und belohnt worden.

Drei Wochen vor Ausbruch des Krieges in Bosnien wurde das erste Massaker – an fünf serbischen Familien im nordbosnischen Sijekovac – von muslimischen Freischärlern begangen.

Alles was Köpruner schreibt, belegt er auch mit einem umfangreichen Quellenverzeichnis. Ein Buch wider den gängigen Mainstream. Der Autor kann dem Nato-Krieg gegen Serbien nichts abgewinnen. Nein, er verurteilt ihn als völkerrechtswidrig und menschenfeindlich. Genau so wenig wie er serbische Untaten leugnet.

Selbst dem nicht gerade unerfahrenen Rezensenten in Sachen Jugoslawien erschließen sich neue Hintergründe terroristischer Ereignisse, die für ihn neu waren.

Kurt Köpruner: Reisen in das Land der Kriege – Erlebnisse eines Fremden in Jugoslawien / Vorwort von Peter Glotz / ESPRESSO-Verlag, Berlin, 2001, geb., 351 Seiten, Preis 19,90 Euro. ISBN 3-88520-801-6

19.-28. Juli, Straßburg: *Internationales Grenzcamp*

20./21. Juli, Bremen: *Seminar zur den Folgen der Novelle des Ausländerrechts für Flüchtlinge.* Veranstalterin: Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen. Im Vorfeld der Tour der „Karawane ...“ sollen Impulse für die weitere Zusammenarbeit der verschiedenen an der Karawane beteiligten Gruppen und Organisationen gegeben werden. Wir versuchen mit dem Seminar Antworten auf folgende Fragen zu geben: Wie kann den gesetzlichen Verschärfungen durch Kampagnen, auf politischer, juristischer und individueller Ebene begegnet werden? Wie soll auf der Karawane – Tour vor den Bundestagswahlen mit dem Thema umgegangen werden? Wir laden alle Flüchtlinge, UnterstützerInnen und Interessierte herzlich ein, sich auf dem Seminar mit diesen Problemen zu beschäftigen und an der Entwicklung eines breiten Widerstandes gegen die inhumane Flüchtlingspolitik von Otto Schily und Rot-Grün bzw. von Edmund Stoiber mitzuarbeiten. Ort: ESG, Parkstr. 107, 28209 Bremen; Teilnahmegebühr: 20,-, Verpflegung und bei Bedarf Unterkunft in Privatwohnungen sind darin enthalten.

25.-28. Juli, Eisenach: *Linke Sommerschule.* AG Wirtschaft: Neuere Diskussion der Bildungsökonomie – Einladung zu einer Anstrengung; AG Philosophie: Auseinandersetzung mit Heidegger; AG Geschichte: Zur Geschichte der „Neuen Sozialen Bewegungen“ in der BRD nach 1968. Anmeldung bei: Christiane Schneider, c/o GNN Hamburg, Tel. (0 40) 43 18 88 20, Fax (0 40) 43 18 88 21; e-Mail: gnn-hhsh@hansenet.de Nähere Angaben in der letzten Ausgabe der PB

26. Juli, Eisenach: Mitgliederversammlung der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung in und bei der PDS. TO: Weitere Arbeit der ArGe und der Linken Schule; Sozialistische Politik in Europa; Wahl der Sprecher/Sprecherinnen; Wahl der/des Parteitage/delegierten. Ort: Jugendherberge Eisenach, Mariental 24, Eisenach. Beginn 19.00 Uhr

26. Juli, Berlin: Sitzung der PDS-Programmkommission, Karl-Liebknecht-Haus.

3.-11. August, bei Berlin: *Crossover Summercamp*, e-mail: summercamp@squat.net, snailmail: summercamp, c/o a6-laden, adalbertstr.6, 10999 berlin, germany

16.-24. August, Hamburg: *Schill-Y-Out-days / Land In Sicht Camp.* Kontakt: kontakt_lis@nadir.org

17. August bis 21. September: Die „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant/innen“ beginnt in Bremen und endet am Abend der Bundestagswahl in Berlin. In verschiedenen Städten, Dörfern und Flüchtlingsheimen in ganz Deutschland werden wir versuchen, die Zusammenarbeit mit den fortschrittlichen Kräften zu stärken, die Zusammenarbeit unter den Flüchtlingsorganisationen intensivieren und Unterstützung für von Flüchtlingen organisierten Widerstand geben. Die Tour soll auch die untragbaren, inhumanen Zustände in den deutschen Flüchtlingsheimen, die sich meist in Wäldern oder abgelegenen Gegenden befinden, in die Öffentlichkeit bringen. Gleichzeitig wollen wir die Folgen des herrschenden Krieges herausheben, indem wir ihn in Bezug zu den Kriegen setzen, die uns zwangen, unsere Heimat zu verlassen. Wir laden Euch alle ein, mit uns gemeinsam für eine Bewegung für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant/innen aufzustehen! Bremer Koordinierungsbüro: Internationaler Menschenrechtsverein Bremen e.V., Münchener Straße 17, 28215 Bremen, Tel.: (0421) 5577093, Fax: (0421) 5577094, mail@humanrights.de, http://www.humanrights.

30. August bis 1. September: *Ein Jahr „Krieg gegen den Terror“.* Hannover, Raschplatzpavillon, Kongress und weitere Aktionen (Filme, Schülerworkshop, Kultur- und Musikveranstaltung) zur Zwischenbilanz des „Krieges gegen den Terror“ und

zu friedenspolitisch gebotenen Alternativen zur militärischen Interventionspolitik, u.a. mit Tobias Pflüger, Norman Paech, Arno Klönne. Infos: RaiButen@aol.com

6./7. September, Bochum: Ruhr-Universität, Wissenschaftliche Konferenz der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft zum Thema: *Rosa Luxemburg und die Demokratie nach dem Ende des Kalten Krieges*, u.a. mit Hermann Weber, Annelies Laschitzka, Narihiko Ito, Ottokar Luban, Helga Grebing. Anmeldung: Prof. Dr. Klaus Tenfelde, Institut für soziale Bewegungen, Clemensstr. 17-19, 44789 Bochum, Fax: 0243/3214249

14. September, Köln: *Her mit dem schönen Leben – eine andere Welt ist möglich!* Aktionstag+Demo der Jugendorganisationen von ver.di, IGM, IG BAU, Transnet, NGG sowie Attac. Infos unter www.attac-netzwerk.de

22. September: *Bundestagswahl; Landtagswahl* in Mecklenburg-Vorpommern

12./13. Oktober 2002, Gera: *PDS-Parteitag.* Die 1. Tagung des 8. Parteitages der PDS findet am Samstag, den 12. Oktober, und am Sonntag, den 13. Oktober 2002, in Gera statt. Tagesordnung u.a.: Die Aufgaben der PDS nach der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag. Wahl des Parteivorstandes der PDS, Wahlen der Bundesschiedskommission der PDS, der Bundesfinanzrevisionskommission der PDS und der Statutenkommission.

18. Oktober, Niedersachsen: Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Grüne

10.-11. November, Hannover: CDU-Bundesparteitag, Wahl des neuen Bundesvorstandes

2. Februar 2003: Landtagswahl in Niedersachsen

2. März 2003: Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein

HINTERGRUNDWISSEN ZUR AKTUELLEN VERTRIEBENENDEBATTE



„Es gibt kaum eine Äußerung von Sprechern der Landsmannschaften und den jeweiligen Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, die nicht kritisch zerfetzt wird, um den Nachweis für die aufziehende Bedrohung des Status quo zu erbringen.“

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Samuel Salzborn
Heimatrecht und Volkstumskampf. Außenpolitische Konzepte der Vertriebenenverbände und ihre praktische Umsetzung, Offizin Verlag, 304 S., ISBN 3-930345-28-5, 22 Euro